

*Sabine Riedel*

## **Ex-Zar Simeon II. gescheitert?**

Überlegungen zu den Gestaltungsräumen der  
bulgarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in  
Auszügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
der SWP gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

## **Problemstellung und Empfehlungen 5**

### **Die Rolle des Ex-Zaren im politischen System Bulgariens 7**

Gründe für die Popularität des Ex-Monarchen Simeon II. 7

Feudalisierungstendenzen in der bulgarischen Gesellschaft 9

Simeon Sakschoburggotski als neuer Regierungs- und Parteichef 11

Perspektiven für die NBS II im politischen System Bulgariens 13

### **Problematische Kontinuität der Wirtschafts- und Sozialpolitik 16**

Die Einführung des *currency board* (Währungsrat) in Bulgarien 16

Die wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen UDK 19

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen Regierung 21

Die IWF als schärfster Kritiker der Wirtschaftspolitik der NBS II 25

### **Perspektiven einer EU-Integration Bulgariens 29**

Szenario eines möglichen Scheiterns des *currency board* 30

Der IWF: Euroisierung als Exit-Option aus dem *currency board* 32

Gefährdet eine Euroisierung der EU-Beitrittsländer den Euro? 34

Neue Gestaltungsräume für die Wirtschafts- und Sozialpolitik 37

## **Anhang 39**

Literaturhinweise 39

Internet-Adressen 40

Abkürzungen 41



**Ex-Zar Simeon II. gescheitert?  
Überlegungen zu den Gestaltungsräumen der  
bulgarischen Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Als der Ex-Monarch Simeon II. nach mehr als 50 Jahren Exil erneut die politische Bühne betrat, wurden bei westeuropäischen Beobachtern Zweifel geweckt: Wie ist es möglich, daß in einer Zeit größter politischer Freiheiten der letzte bulgarische Zar in seinem Land eine solche Popularität genießt? Bei den Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001 wurde seine Nationale Bewegung Simeon II. (NBS II) zur stärksten Fraktion; dagegen mußten die beiden großen Parteien, die konservative Union der Demokratischen Kräfte (UDK) sowie die Sozialistische Partei (BSP), auf den hinteren Rängen des bulgarischen Parlaments Platz nehmen.

Doch kaum ein Jahr nach diesem spektakulären Wahlerfolg ist die große Sympathiewelle für den Ex-Monarchen bereits verflogen. Jüngsten Umfragen zufolge wollen ihm nur noch 11% der wahlberechtigten Bevölkerung ein zweites Mal ihre Stimme geben. Denn von den anfänglichen Plänen für eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik ist nichts übrig geblieben: Dazu gehörten Steuersenkung für reinvestierende Unternehmen, zinslose Kredite in begrenzter Höhe zugunsten des heimischen Mittelstandes und eine Anhebung der Mindestlöhne und Renten zur Stärkung der Kaufkraft.

Hauptursache für die Rückkehr der neuen Regierung zur Kontinuität der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik war die heftige Kritik des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser kann in den Kreditverhandlungen und bei der Auszahlung der Kredittranchen über die Einhaltung bestimmter Konditionalitäten entscheiden und somit unmittelbaren Einfluß auf die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ausüben. Seit der Einführung eines Währungsrats (currency board) am 1. Juli 1997 mit einer festen Anbindung des Lev an die DM bzw. den Euro ist Bulgarien auch gesetzlich dazu verpflichtet, der Stabilisierung des Finanzsystems oberste Priorität einzuräumen.

Wohl aufgrund der Auswirkungen dieser Maßnahme kommt das Strategiepapier der EU-Kommission vom 9. Oktober 2002 über die Fortschritte der Beitrittsländer zu dem Schluß: »Bulgarien ist eine funktionierende Marktwirtschaft.« Trotz alledem sind die Ergebnisse der Wirtschaftstransformation bisher äußerst bescheiden: Zwar konnte die jährliche Inflationsrate auf etwa 10% gedrückt werden, doch stockt noch immer der Zufluß ausländischer Investitionen und schlägt ein wachsendes Handelsbilanzdefizit zu Buche. Die Bevölkerung muß sich mit stagnierenden Einkommen abfinden, die bereits Ende der 90er Jahre auf das Niveau von 70% im Vergleich zu 1989 gefallen waren. So ist etwa die Hälfte der Bevölkerung mehr oder weniger auf die häusliche Produktion wichtiger Nahrungs-

mittel angewiesen. Ungeachtet dessen besteht der IWF aber auf einer Anhebung der Energiepreise auf Weltmarktniveau, was Mitte dieses Jahres eine Verteuerung um bis zu 30% nach sich zog.

Die kritischen Stimmen gegen das *currency board* wurden daraufhin so laut, daß die Leiterin der IWF-Mission in Bulgarien, Piritta Sorsa, mittlerweile über sogenannte Exit-Strategien aus dem Korsett des *currency board* nachdenkt. Eine Möglichkeit sieht sie in der »Euroisierung«, das heißt einer Euro-Einführung schon vor dem EU-Beitritt.

Die vorliegende Studie zeigt aber, daß die Idee einer »Euroisierung« Bulgariens jeder realen Grundlage entbehrt. Nicht nur die Deutsche Bundesbank, sondern auch die Europäische Zentralbank (EZB) lehnen eine unilaterale Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel vor dem Beitritt entschieden ab. Und auch im Strategiepapier der EU-Kommission heißt es: »Nach dem EU-Vertrag können neue Mitgliedstaaten den Euro beim Eintritt nicht sofort einführen.« Die Europäische Zentralbank besteht als Voraussetzung für den Eintritt in die Währungsunion auf einer Teilnahme am Europäischen Wechselkurs-Mechanismus II über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren.

Wenn aber die von der IWF-Mission vorgeschlagene Euroisierung auf irrtümlichen Prämissen beruht, muß Bulgarien über andere Exit-Strategien aus dem *currency board* nachdenken und somit auch über eine Rückkehr zu einem flexiblen Wechselkurs des Lev. Ein solcher Schritt erfordert allerdings eine Unterstützung der bulgarischen Regierung durch die Europäische Zentralbank, um das Risiko einer Argentinischen Krise zu vermeiden.

Der Vorteil eines flexiblen Wechselkurses wäre die Rückgewinnung staatlicher Souveränität für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wenn damit die Verantwortung der Regierung wächst, läge das im Interesse einer Stabilisierung des politischen Systems, welches auf die Legitimierung der Politik angewiesen ist. Bereits heute spürbaren populistischen Stimmungen und nationalistischen Kräften wäre der Boden entzogen, die von einem Scheitern der Wirtschaftsreformen schon bei den nächsten Wahlen enorm profitieren könnten.

Neue Handlungsspielräume für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik sollten nicht nur auf nationaler Ebene geschaffen werden, um mehr Wachstum und Beschäftigung anzustoßen. Sie sind auch auf internationaler Ebene möglich: So könnten sich die EU-Mitgliedstaaten über eine gemeinsame Strategie für eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung Bulgariens und der gesamten Region Südosteuropa verständigen und diese im Direktorium des IWF durchsetzen. Das läge ganz im Sinne des Aufbaus einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Auf dem eigenen Kontinent könnte sie sich am ehesten bewähren.

## Die Rolle des Ex-Zaren im politischen System Bulgariens

In der deutschen Öffentlichkeit bestand bislang kaum Interesse an einem Land, das zusammen mit neun weiteren assoziierten Staaten Osteuropas eine baldige Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstrebt. Zwar verläuft quer durch Bulgarien in Ost-West-Richtung das eigentliche Balkan-gebirge, welches diesem Teil des europäischen Kontinents seinen Namen gegeben hat. Doch in den Medien wurde das zerfallende Jugoslawien zum Synonym für die politisch zerstrittene und ökonomisch kriselnde Balkan-region. Jenseits dieser medialen Grenze scheint die europäische Welt bereits zu Ende zu sein.

### Gründe für die Popularität Simeon II.

Das in Bulgarien spürbare europäische Desinteresse an einer Lösung der tiefgreifenden Probleme des laufenden Transformationsprozesses ist einer der Gründe dafür, warum sich die Mehrzahl der bulgarischen Wähler bei den letzten Parlamentswahlen am 17. Juni 2001 für die Partei ihres Ex-Zaren Simeon II. entschied. Seit dem Tod seines Vaters Boris III. am 28. August 1943 bis zum Referendum über die Abschaffung der Monarchie am 8. September 1946 saß er als minderjähriger Herrscher auf dem bulgarischen Thron, auf den er während seines spanischen Exils nie verzichtet hat. Eine Rückkehr Simeons II. in die bulgarische Politik könnte die Aufmerksamkeit der europäischen Regierungen auf Bulgarien lenken und auf diesem Wege eventuell dessen Verhandlungsposition für eine EU-Mitgliedschaft entscheidend verbessern, so jedenfalls die Meinung vieler Bulgaren.

Die bulgarische Wählerschaft hat sich offenbar kaum mit dem Widerspruch auseinandergesetzt, daß ihr Ex-Zar nicht in eine konstitutionelle Monarchie zurückkehrt, sondern in ein parlamentarisches Regierungssystem, das für gekrönte Häupter keine politischen Ämter vorsieht. Vielmehr wird das Staatsoberhaupt, der Staatspräsident, ebenso wie das Parlament direkt vom Volk gewählt.<sup>1</sup> Der große Erfolg Simeons II. bei den Parlamentswahlen (42,7%) kann deshalb auch als Zeichen dafür gewertet werden, daß das neue politische System Bulgariens und die Bedeutung der demokratischen Verfassung vom 13. Juni 1991 in den Köpfen der Wähler noch nicht fest genug verankert sind, um die Krisen der Transformationsphase zu überstehen. Nicht zuletzt sorgte der Spannungsbogen zwischen der wachsenden Sympathie für den Ex-Monarchen und der ungewissen politischen Rolle Simeons II. nach einem möglichen Wahlerfolg für einen Anstieg der Wahlbeteiligung um ca. 9% (auf 67,0%), was zwangsläufig den etablierten Parteien schaden mußte.

Schwieriger  
Transformationsprozeß

Bulgarien als  
parlamentarisches System

Verschlechterung  
der sozialen Lage

<sup>1</sup> Sabine Riedel, Bulgarien, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S. 563-602, insbes. S. 566f.

Denn sowohl die sozialistische wie auch die konservative Regierung tragen eine große Verantwortung für die Fehlentwicklungen beim Systemwandel. So sorgte etwa die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP, Bălgarska socialističeska partija) während ihrer Regierungszeit nicht für den im Wahlprogramm versprochenen sozialen Ausgleich. Sie bediente vielmehr die Interessen der alten Nomenklatura, die sich recht schnell von Managern staatssozialistischer Betriebe zu sogenannten »roten Millionären« der neuen privatwirtschaftlichen Strukturen wandelten. Der Rückgang der Realeinkommen um nahezu 70% im Vergleich zu 1989 schon Mitte der 90er Jahre sowie der Zusammenbruch des Sozialsystems, insbesondere der Renten- und Krankenversicherung, sind das deutliche Ergebnis der neoliberalen Wirtschaftspolitik unter dem Sozialistenchef Žan Videnov.<sup>2</sup>

Einführung eines  
*currency board*

Während der Amtszeit Ivan Kostovs, des ehemaligen Parteivorsitzenden der Union der Demokratischen Kräften (UDK; Săljuz na demokratičnite sili, SDS) hat es für die Bevölkerung alles andere als eine Wende zum Besseren gegeben: Zwar beschreiben eine Reihe deutschsprachiger Fachbeiträge die Stabilisierung des Finanzsystems als einen Erfolg der konservativen Regierung.<sup>3</sup> Doch geschah dies gerade nicht durch einen realen wirtschaftlichen Aufschwung, sondern durch die Einführung eines *currency board* (Währungsrat; valuten bord) mit einer festen Bindung des bulgarischen Lev an die D-Mark bzw. an den Euro. Mit dieser, seit dem 1. Juli 1997 gültigen Maßnahme geriet allerdings das bulgarische Finanzsystem und damit auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik vollends in die Abhängigkeit der internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF, dessen Folgen weiter unten diskutiert werden.

Der Ex-Monarch in  
der Rolle eines Erlösers

Doch weder das *currency board* noch Steuervergünstigungen für investierende Unternehmen konnten bisher das für die Strukturreformen benötigte Kapital ins Land locken. Daher weckte die Verwandtschaft Simeons II. mit dem europäischen Hochadel die Hoffnung, er könne durch seine persönlichen Beziehungen Investoren nach Bulgarien bringen und somit für den ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung sorgen. Die Fixierung auf ausländische Geldgeber, das heißt das Warten auf eine Rettung von außen und schließlich auf den Erlöser in Person des Ex-Monarchen, haben nicht zuletzt westliche Berater in den vergangenen Jahren zusätzlich begünstigt: Sämtliche Wirtschaftsreformen wurden nicht, wie noch gezeigt wird, an den Bedürfnissen des eigenen Landes, sondern am Wohlwollen investierender ausländischer Unternehmen ausgerichtet.

<sup>2</sup> Sabine Riedel, Bulgariens wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ein Beispiel für das Zusammenwirken von Transformations- und Globalisierungsprozessen, in: Südosteuropa, 47 (1998) 1–2, S. 18–54.

<sup>3</sup> Vgl. Josef Gruber, Die Parlamentswahlen in Bulgarien am 17. Juni 2001. Fortsetzung des Reformkurses, Stagnation oder Rückschritt?, in: KAS-Auslandsinformationen, (2001) 8, S. 19–26; Ognian N. Hishov, Wirtschaftspolitik in Bulgarien nach Simeons Wahlsieg: Königsweg zum Wohlstand?, in: Südosteuropa, 50 (2001) 7–9, S. 368–385; Johanna Deimel, Quo vadis Bulgaria? Parteien und politische Kultur nach zehn Jahren Transformation, in: Europäische Rundschau, 30 (2002) 1, S. 79–88.



## Feudalisierungstendenzen in der bulgarischen Gesellschaft

Im Verlauf der letzten zwölf Jahre haben die Bulgaren ein Wahlverhalten entwickelt, wonach sie die jeweils amtierende Partei abwählen und statt dessen eine alternative Kraft unterstützen. Deshalb überzeugt das Argument nicht, die Nationale Bewegung Simeons II. (NBS II; Nationalno dviženie Simeon Vtori, NDSV) habe nur mit Hilfe unerfüllbarer Wahlversprechen die Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001 gewonnen.<sup>4</sup> Wäre Simeon Saksoburggotski nicht zu den Wahlen angetreten, hätten aller Voraussicht nach entweder die alten sozialistischen oder aber die neuen sozialdemokratischen Kräfte von der allgemeinen Enttäuschung über die konservative Regierung Ivan Kostov profitiert.

Abwahl der jeweils amtierenden Regierung

Die Bewegung des Ex-Zaren erschien den Wählern nicht zuletzt deshalb als eine willkommene politische Alternative, weil die beiden großen Parteien während ihrer Regierungszeit die jeweils eigenen Mitglieder mit lukrativen Posten in Politik und Wirtschaft versorgt haben, was der weit verbreiteten Korruption zusätzlich Vorschub leistete. Zwar ist das Phänomen des Klientelismus aus dem alten sozialistischen System ererbt, doch hat es unter den neuen Bedingungen (Parteienpluralismus und Privatwirtschaft) ganz neue Dimensionen angenommen. So verspricht die Verbindung zu einer Regierungspartei oder deren Mitgliedschaft nicht nur gesellschaftliche Privilegien, die ein heutiges Durchschnittseinkommen niemals ermöglichen könnte. Darüber hinaus garantiert sie einen mittel- oder unmittelbaren Zugang zu jenen wirtschaftlichen Ressourcen, die in der aktuellen Transformationsphase in private Hände übergehen.

Das Phänomen des Klientelismus

Simeon II. profitierte daher von seinem Ruf, im Gegensatz zu großen Teilen der neuen politischen Elite Bulgariens auf legale Weise zu persönlichem Wohlstand und Ansehen gekommen zu sein. Seine Person steht für einen unbestechlichen Politiker, der vergessene Tugenden wie Ehrlichkeit und Anstand versprach. Dadurch wurde er jedoch ungewollt zum eigentlichen Nutznießer des neuen Systems der Parteienpatronage: Er konnte zwar inhaltliche Alternativen zur bisherigen Regierungspolitik aufzeigen, mußte diese jedoch in den Medien argumentativ kaum unter Beweis stellen. Aus diesem Blickwinkel heraus betrachtet, sind die letzten Parlamentswahlen der vorläufige Höhepunkt eines allgemeinen Feudalisierungsprozesses der bulgarischen Gesellschaft: Die Wähler entschieden sich mehrheitlich für den moralisch integren »Patron«, der zudem perfekt der Vorstellung eines Monarchen entspricht, dem das Wohl »seiner Untertanen« am Herzen liegt. Die Komplexität demokratischen Regierungshandelns ließ sich im Wahlkampf in idealer Weise auf die Regierungskunst eines gerechten Herrschers in Gestalt des Leviathan eines Thomas Hobbes reduzieren.

Der Ex-Zar als ehrlicher politischer Makler

Der Begriff der »Feudalisierung« der bulgarischen Gesellschaft wurde einem Artikel aus der bulgarischen Presse entnommen, der allerdings weniger das politische System und mögliche Defizite der jungen pluralisti-

Rückkehr vormoderner Wirtschaftsformen

<sup>4</sup> Magdalena Venkova-Wolff, Simeon II. – Lockvogel ins Paradies? Notizen vor und nach den Palamentwahlen in Bulgarien, in: Osteuropa, (2001) 8, S. 976–984.

schen Demokratie Bulgariens analysiert als vielmehr deren sozioökonomische Entwicklung. Die darin vorgetragenen Argumente veranschaulichen auf überzeugende Weise die große Lücke, die mittlerweile zwischen den offiziellen Statistiken mit einer stabilen Währung und niedriger Inflation einerseits und den realen wirtschaftlichen Lebensbedingungen andererseits besteht.<sup>5</sup> Beklagt wird darin der schleichend Prozeß einer Deindustrialisierung, die Bulgarien auf das Niveau der Manufakturproduktion des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen habe, in der die Artikel größtenteils in Handarbeit gefertigt werden. So habe der Verlust des Maschinenparks dazu geführt, daß in der Landwirtschaft heute über 50% mit manueller Arbeit und unter Einsatz von Tieren erwirtschaftet werde.<sup>6</sup> Auf feudale Verhältnisse deute zudem der Anstieg vertraglich ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Hieraus erklärt sich die weit verbreitete Beschäftigung von Frauen in Gastronomie und Einzelhandel, deren Arbeitstag 18 Stunden und länger dauere. Schließlich habe die Finanznot der öffentlichen Hand zur Folge, daß sich das Straßennetz und der öffentliche Nahverkehr in einem katastrophalen Zustand befinden. Den Mittel- und Kleinstädten Bulgariens fehle es außerdem an genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, so daß die Menschen in die wenigen Großstädte oder ins Ausland abwanderten.

Soziale Verwerfungen

Ein weiterer Umstand bestätigt die Feudalisierungsthese der bulgarischen Gesellschaft: Der Transformationsprozeß hat mit der Entstehung differenzierter Einkommensverhältnisse nicht etwa zu einer Schichtung nach Bildungsstand und beruflichem Erfolg geführt, sondern selbst für europäische Verhältnisse unvorstellbare soziale Verwerfungen hervorgebracht. Damit ist die Spaltung der Gesellschaft in eine Handvoll (Neu-)Reiche und das wachsende Heer von Armen angesprochen, die mit einem Durchschnittseinkommen sich und ihre Familien nicht mehr ernähren können. Eine Ausbreitung der Subsistenzwirtschaft ist die unmittelbare Folge – eine vormoderne Wirtschaftsform, die durch eine häusliche Produktion von Grundnahrungsmitteln jenseits von Marktstrukturen und politischer Regulierung gekennzeichnet ist.

Zunahme der Subsistenzwirtschaft

Da heute mehr als die Hälfte aller Bulgaren von der Subsistenzwirtschaft lebt, kann die derzeitige Transformationsperiode nicht mehr nur als ein Übergangsstadium zur Marktwirtschaft betrachtet werden. Vielmehr hat sie neue sozioökonomische Abhängigkeiten hervorgebracht, die an das vorindustrielle und aristokratisch geprägte Europa des 19. Jahrhunderts erinnern. Dies hat direkte Konsequenzen für den wirtschaftlichen Reformprozeß: Denn es stellt sich die Frage, ob und wie die häusliche Produktion von Nahrungsmitteln in reguläre marktwirtschaftliche Strukturen zurückgeführt werden kann oder ob sich diese Verhältnisse eher als kompatibel zu den illegalen Wirtschaftsstrukturen erweisen.

<sup>5</sup> Prehodät kato feodalizacija na života u nas [Der Übergang als Feudalisierung unseres Lebens], in: Monitor (Sofia), 28.2.2002.

<sup>6</sup> Diese Entwicklung hat bereits zu Beginn des Transformationsprozesses eingesetzt, vgl. Sabine Riedel, Bulgariens Landwirtschaft in der Transformation, in: Südosteuropa, 43 (1994) 6–7, S. 384–402.

## Simeon Sakskoburggotski als neuer Regierungs- und Parteichef

Als der Ex-Monarch am 6. April 2001 die Gründung seiner Nationalen Bewegung bekannt gab, um an den Parlamentswahlen teilzunehmen, war Simeon Borisov Sakskoburggotski, so sein offizieller bürgerlicher Name, zunächst nicht an dem Amt des Ministerpräsidenten interessiert. Entsprechend seiner adeligen Herkunft strebte er die Position des Staatsoberhauptes und damit des Staatspräsidenten an, der nach der neuen Verfassung vom 13. Juli 1991 direkt vom Volk gewählt wird. Doch der Weg zu einer Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen am 11. November 2001 blieb ihm nach einem Beschluß des Verfassungsgerichts aus formalen Gründen versperrt.<sup>7</sup> So boten ihm die Parlamentswahlen die nahezu letzte Chance, in die bulgarische Politik zurückzukehren.

Eigentliches Ziel: das Amt des Staatsoberhauptes

Den eigentlichen Ausschlag für seine Entscheidung, schließlich doch das Amt des Regierungschefs zu übernehmen, gab erst die unerwartete Höhe seines Wahlsiegs. Innerhalb von nur zehn Wochen konnte er für seine neue Nationale Bewegung 42,7% der bulgarischen Wählerstimmen mobilisieren und damit 120 von insgesamt 240 Parlamentssitzen gewinnen. Diese plötzliche Popularität, die weit über Bulgariens Grenzen hinausging, drängte den Ex-Monarchen förmlich in das Amt des Ministerpräsidenten. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß Simeon selbst über keinerlei Regierungserfahrung verfügte – dem minderjährigem Monarchen waren seinerzeit drei Regenten zur Seite gestellt worden – und in seiner Nationalen Bewegung politikerfahrene Persönlichkeiten fehlten. Am 24. Juli 2001 wählte ihn das bulgarische Parlament mit 141 von 240 Stimmen zum Regierungschef.

Überraschende Höhe des Wahlsiegs mit 42,7%

Sein aristokratisches Auftreten, das ihn anfangs für das hohe politische Amt zu prädestinieren schien, wurde ihm jedoch im Verlauf des letzten Jahres zum Verhängnis. Denn öffentliche Debatten im Rahmen der neuen parlamentarischen Demokratie sind ebenso wenig sein Stärke wie das von Politikern erwartete selbstbewußte Auftreten. Sein Redestil zeugt eher von vornehmer Zurückhaltung und Bedächtigkeit, ein Verhalten, das insbesondere im heutigen Medienzeitalter nicht goutiert wird. Sein Bulgarisch, das er trotz seines jahrzehntelangen Exils erstaunlich gut beherrscht, wirkt durch einen antiquierten literarischen Stil oft verstaubt und steif, insbesondere auf die junge Generation. Das mag bei offiziellen Ansprachen seinen Zweck erfüllen, stellt aber gerade dann eine große Distanz zum Publikum her, wenn es um strittige politische Themen geht. Aus diesem Grund verwundern Umfrageergebnisse nicht, wonach 73% der Anhängerschaft Simeons über 40 Jahr alt sind.<sup>8</sup>

Aristokratischer Politikstil als Nachteil in der Mediendemokratie

Die erste große politische Herausforderung für Simeon Sakskoburggotski war die Regierungsbildung: Da seine Bewegung mit 120 Mandaten

Koalitionsangebot an alle Parlamentsfraktionen

<sup>7</sup> Sabine Riedel, Die bulgarischen Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001. Mit dem Ex-Zaren aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise?, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2001 (SWP-Aktuell 12/01), S. 7.

<sup>8</sup> Polovinata na bǎlgari smjatat,  e stranata vǎrvi kam po-lošo [Die Hälfte der Bulgaren glaubt, daß sich das Land zum Schlechteren entwickelt], in: Dnevnik (Sofia), 3.1.2002.

numerisch genau über die Hälfte der Abgeordnetensitze verfügte, damit aber nicht über die absolute Mehrheit, war sie auf einen Koalitionspartner angewiesen. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Regierungsparteien, die sich stets gegen Koalitionsbildungen gestäubt hatten,<sup>9</sup> bot Simeon II. zunächst allen Fraktionen eine Mitarbeit in der Regierung an. Während sich die UDK unter ihrer neuen Vorsitzenden, Nadežda Mihajlova, auf die Oppositionsbank zurückzog, nutzte die Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF; Dvižene za prava i svobodi, DPS), die Interessenvertretung der türkischsprachigen Minderheit, nach zwölf Jahren erstmals die Gelegenheit, mit zwei Ministerposten Regierungsverantwortung zu übernehmen. Im Gegensatz zur UDK störte sich die BRF nicht daran, daß auch ein Sozialist in die Regierung aufgenommen wurde. Zwar hatte die Sozialistische Partei BSP keinen Koalitionsvertrag unterschrieben, sie fühlte sich durch ihre Regierungseinbindung anfangs jedoch zu einer gewissen Neutralität verpflichtet.<sup>10</sup>

Präsidentchaftswahlen  
am 11. November 2001

Eine erste Zerreißprobe für die neue Regierung stellten die Präsidentchaftswahlen am 11. November 2001 dar, weil die NSB II nicht den Kandidaten ihres wichtigsten Koalitionspartners BRF unterstützen wollte. Statt der ehemaligen Ministerpräsidentin einer Interimsregierung, Reneta Indžova, ihre Stimme zu geben, entschied sich die NBS II für den amtierenden Staatspräsidenten Petăr Stojanov und damit für den Kandidaten der stärksten Oppositionsfraktion VDK (Vereinigte Demokratische Kräfte; Obedineni demokratični sili, ODS), ein Bündnis aus UDK, Volksunion (VU; Naroden sąjuz, NS) und Demokratischer Partei (DP; Demokratičeska partija).<sup>11</sup>

Der Sozialist Pärvanov  
gewinnt die Wahlen

Wider alle Erwartungen schlug jedoch Sozialistenchef Georgi Pärvanov den konservativen Amtsinhaber mit 53% der Wählerstimmen: Dies wurde allgemein als der erste große Rückschlag für den neuen Ministerpräsidenten gewertet, schließlich hatte man seiner Autorität und seinem Votum zugunsten Stojanovs vertraut. Dessen Abwahl ist daher nicht nur als zusätzliche Niederlage für die ehemalige Regierungspartei UDK nach den letzten Parlamentswahlen zu werten. Sie muß gleichzeitig auch als ein deutliches Signal für die wachsende Unzufriedenheit der Wähler mit der neuen Regierung gesehen werden, auf deren Gründe im nächsten Kapitel eingegangen wird. Hiermit bestätigt sich die eingangs formulierte These, daß Wahlen in Bulgarien heute nicht in erster Linie durch Parteiprogramme entschieden werden, sondern durch personelle Alternativen: In weniger als einem halben Jahr konnte der Sozialistenchef die Mehrheit der Wählerstimmen dem Kandidaten des Ex-Zaren entreißen.

Die NBS II auf zwei kleine  
Parteien angewiesen

Als ein weiteres Hindernis für die Regierungspolitik erwies sich das Fehlen einer festen Parteistruktur. Zwar hatte Simeon am 6. April 2001 seine Nationale Bewegung Simeon II. als Partei beim Sofioter Amtsgericht registrieren lassen, doch wurde der Antrag auf Zulassung am 23. April

<sup>9</sup> Riedel, Bulgarien, in: *Ismayr*, Die politischen Systeme Osteuropas, S. 573.

<sup>10</sup> Zur bulgarischen Regierung vgl. <<http://www.government.bg>>.

<sup>11</sup> Georgi Karasimeonov, The Political Parties in Bulgaria and the Political Situation at the Time of the 2001 Presidential Election, in: *South-East-Europe Review*, (2001) 4, S. 109-122.

2001 aus formalen Gründen abgelehnt. Erst das Angebot zweier bis dahin unbekannter Parteien, aus deren Wahlkoalition eine Plattform für Simeons Nationale Bewegung zu machen, ermöglichte dem Ex-Monarchen die Teilnahme an den Parlamentswahlen. So gehören von den insgesamt 120 gewählten Abgeordneten genau 10 Parlamentarier nicht zur eigentlichen NDS II, sondern zu einer der beiden kleinen Organisationen, nämlich der Partei der Bulgarischen Frauen (Partija na bălgarskite ženi) und der Bewegung für Nationale Wiedergeburt ›Oborište‹ (Dviženie za nacionalno vāzraždane ›Oborište). Trotz ihrer entscheidenden Wahlhilfe erhielten die beiden Vorsitzenden, Vesela Draganova und Tošo Pejkov, weder einen Ministerposten noch ein anderes höheres Regierungsamt.

Es wurde schon länger erwartet, daß sich die Nationale Bewegung des Ex-Monarchen um eine erneute Zulassung als Partei, das heißt um den Aufbau eigener Parteistrukturen und die Verabschiedung eines Partei-statuts bemüht. Doch erst ein Jahr nach ihrer Konstituierung fand am 6. April 2002 der eigentliche Gründungsparteitag statt. Von den 1050 geladenen Personen kamen 984 Delegierte, um Simeon Sakskoburggotski zum neuen Parteivorsitzenden zu wählen und ein Statut zu verabschieden.<sup>12</sup>

Für die weitere Entwicklung dürften die folgenden Punkte wichtig sein. Die Partei NBS II versteht sich »als eine konservative, aber nicht elitäre, als eine liberale mit einer starken sozialen Orientierung und als eine nationale, aber nicht nationalistische Partei«. In der gegenwärtigen Parteienlandschaft verortet sie sich »im rechten politischen Spektrum und im Zentrum«. <sup>13</sup> Zwei Organe sollen die Geschicke der Partei in Zukunft lenken und vom Parteikongreß personell besetzt wurden: Dies ist zum einen der aller drei Monate tagende Nationalrat (Nacionalen sāvet), dem neben den gewählten Mitgliedern auch die Abgeordneten der Partei sowie sämtliche Minister angehören. Der monatlich tagende Politische Rat (političeski sāvet) fungiert schließlich als das operative und ausführende Organ der Partei, in dem außer dem Ministerpräsidenten als Vorsitzendem noch sieben der insgesamt 13 Minister der Regierungsfraktion vertreten sind.

Simeon Sakskoburggotski wird Parteivorsitzender

Die NBS II als neue konservativliberale Partei

## Perspektiven für die NBS II im politischen System Bulgariens

Seit die Nationale Bewegung Simeons formal als eigenständige Partei existiert, mußte sie sich offiziell um einen Koalitionsvertrag mit den beiden kleinen Parteien von Vesela Draganova und Tošo Pejkov bemühen, die der NBS II die formale Teilnahme an den Parlamentswahlen ermöglicht hatten. Von Ende Juni datiert ein Papier, in dem sich die drei Parteien der regierenden »Koalition NBS II« auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit einschließlich einer möglichen Regierungsbeteiligung der beiden kleineren Partner verständigt haben. Doch wird seither über inhaltliche Details wie auch um die Verteilung der Gelder gestritten, so daß in den Medien

<sup>12</sup> 984 delegati učrediha NDSV [984 Delegierte gründeten die NDS II], in: Dnevnik (Sofia), 8.4.2002.

<sup>13</sup> NDSV se objavi za djasnocentristka partija [Die NBS II versteht sich als eine Mitte-Rechts-Partei], in: Dnevnik (Sofia), 8.4.2002.

Neue Verhältnisse in der Parteienlandschaft

darüber spekuliert wird, ob die bestehende Regierungskonstellation überhaupt noch bis zu den Kommunalwahlen im Herbst 2003 bestehen bleibt. Hier könnten die einzelnen Parteien der Regierungsfraktion als Konkurrenten gegeneinander auftreten wie bereits vor kurzem bei den Wahlen um das Bürgermeisteramt in der Stadt Ruse.<sup>14</sup>

Ein möglicher Koalitionsvertrag mit den beiden Parteien wird aller Voraussicht nach auch das Verhältnis der NBS II zu ihrem eigentlichen Koalitionspartner, der Partei der türkischsprachigen Minderheit BRF, entscheidend verändern. Schon im Vorfeld der Regierungsbildung im Sommer 2001 forderte deren Vorsitzender, Ahmed Dogan, den Posten des Vizepremiers. Eine solche privilegierte Position im Staat blieb ihm bislang jedoch verschlossen, so daß er nach anderen Möglichkeiten Ausschau hält, um den Einfluß seiner Partei auf regierungsnahen Stellen zu verstärken. Die NBS II wird solche Forderungen immer weniger zurückweisen können, je mehr sie auf diesen Koalitionspartner angewiesen ist. Die politische Abhängigkeit ist nicht zuletzt deshalb größer geworden, weil Anfang des Jahres 2002 fünf Abgeordnete der NSBS II aus der eigenen Fraktion ausgeschlossen wurden und damit Mehrheitsentscheidungen schwieriger geworden sind.<sup>15</sup>

Ist die NBS II eine populistische Partei?

Die Nationale Bewegung des Ex-Monarchen muß sich derzeit nicht nur als Regierungspartei bewähren, sondern mit Blick auf die Kommunalwahlen im Herbst 2003 ein Image als Volkspartei aufbauen. Mit ihrer programmatischen Schwerpunktsetzung hin zu einer Mitte-Rechts-Partei hat sie sich in unmittelbare Konkurrenz zur UDK begeben, die bei den Parlamentswahlen rund 34% der Wählerstimmen einbüßte. Ognjan Minčev, ein der UDK nahestehender Politologe, sieht die NBS II jedoch nicht als einen ernstzunehmenden politischen Gegner. Er hält sie für ein »amorphes politisches Projekt«, für eine »Partei des populären Typs, als eine Partei des Führertyps«.<sup>16</sup>

Rivalität zwischen UDK und NBS II

Diese Etiketten passen jedoch ebenso gut zur UDK, war sie anfangs selbst ein populistisches Bündnis, das allein durch seine antikommunistische Ausrichtung zusammengehalten wurde. Hinter der Einschätzung Minčevs verbirgt sich deshalb eine Rivalität zwischen UDK und der Nationalen Bewegung des Ex-Monarchen, die insbesondere auf der gesamteuropäischen bzw. internationalen Ebene zum Vorschein kommt. So blieb der NBS II bislang eine Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei versperret, doch bemüht sie sich statt dessen um Aufnahme in die Christdemokratische Internationale.<sup>17</sup> Ohne eine moralische oder gar materielle Hilfestellung durch eine Schwesterpartei im europäischen Ausland wird ihr

<sup>14</sup> Pejkov i Draganova – obrečeni na precakvane ot NDSV [Pejkov und Draganova sind dazu verurteilt, ausgespielt zu werden], in: v. Sega (Sofia), 29.4.2002.

<sup>15</sup> Invazijata na DPS vav vlastta predstoi [Die Invasion der BRF in politische Ämter steht bevor], in: Banker (Sofia), 13.4.2002.

<sup>16</sup> NDSV e partijata na Simeon i horata, poželali da mu služat [Die NBS II ist die Partei Simeons, und die Menschen sollen ihm folgen], in: Dnevnik (Sofia), 9.4.2002.

<sup>17</sup> Andrej Rajčev, Carjat ne kazva kakva e ideologijata na partija [Andrej Rajčev: Der Zar hat nichts über die Ideologie der Partei gesagt], in: Dnevnik (Sofia), 8.4.2002.

politisches Überleben über die nächsten Wahlen hinaus tatsächlich äußerst schwer werden. Denn die deutsche CDU/CSU sieht in der konservativen UDK ihre bulgarische Schwesterpartei,<sup>18</sup> BSP und sozialdemokratische Parteien finden Unterstützung bei den deutschen Sozialdemokraten, und die Partei der türkischsprachigen Minderheit BRF wird von der deutschen FDP bzw. der Friedrich-Naumann-Stiftung gefördert.

Zwar unterschätzt Ognjan Minčev ganz offensichtlich die NBS II als konservative Kraft, dennoch weist er zu Recht auf das Phänomen des Populismus hin, welches die bulgarische Politik bald noch stärker beschäftigen könnte. Meinungsumfragen zufolge würden heute nur noch 11% der Befragten bei Parlamentswahlen für die NBS II stimmen, das heißt lediglich ein Viertel der ursprünglichen Wählerschaft.<sup>19</sup> Darüber hinaus ist eine rapide sinkende Wahlbeteiligung zu beobachten: Bei vereinzelt Nachwahlen zur örtlichen Selbstverwaltung im Herbst 2001 ist sie örtlich tatsächlich auf 11% gefallen. Dies deuten Vertreter vom Meinungsforschungsinstitut Gallup als eine allgemeine »Vertrauenskrise gegenüber den politischen Kräften«.<sup>20</sup> Damit teilt die Regierung Simeon Sakschoburggotski heute das Schicksal ihrer sozialistischen und konservativen Vorgängerinnen: mit dergleichen überwältigender Mehrheit, mit der sie gewählt wurden, wieder abgewählt zu werden. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, lautet: Wer folgt Simeon Sakschoburggotski als politische Integrationsfigur, wenn seine Popularität infolge nicht eingelöster Wahlversprechen weiter sinkt?

Die politische Legitimationskrise der neuen Regierung leistet jedoch nicht nur populistischen, sondern höchstwahrscheinlich auch solchen politischen Kräften Vorschub, die es nach dem Vorbild benachbarter Balkanstaaten verstehen, die prekäre soziale Lage in ethnische Feindbilder zu transformieren. Stellt man daher die Frage nach der politischen Stabilisierung Bulgariens, reicht die pauschal formulierte Perspektive einer EU-Mitgliedschaft längst nicht mehr aus. Vielmehr muß nach den Ursachen dafür gefragt werden, warum sich die Politik Simeon Sakschoburggotskis schon nach einem Amtsjahr kaum noch von den Zielsetzungen der abgelösten UDK-Regierung unterscheidet und somit der Wählerauftrag für einen politischen Wechsel unerfüllt blieb. Das folgende Kapitel zur Kontinuität der Wirtschafts- und Sozialpolitik soll hierauf eine Antwort geben.

Vertrauenskrise wächst

Legitimationskrise der Politik

**18** Josef Gruber, Bulgarien im ersten Jahr der Regierung von Ex-König Simeon Sakschoburggotski. »Handwerkliche Fehler« des Kabinetts oder Beginn einer krisenhaften Entwicklung?, in: KAS-Auslandsinformationen, (2002) 3, S. 57–71, insbes. S. 67.

**19** Schwindendes Vertrauen zur Regierung, in: Bulgarisches Wirtschaftsblatt, (April 2002) 4, S. 5; vgl. <<http://www.online.bg/wb/>>.

**20** Votät pokazva kriza v doverieto kăm poličeskite sili [Die Wahl zeigt eine Vertrauenskrise gegenüber den politischen Kräften], in: Mediapool (Sofia), 23.4.2002.

## Problematische Kontinuität der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Liest man die offiziellen Stellungnahmen, so behauptete bisher jede bulgarische Regierung, einen neuen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeschlagen und den Transformationsprozeß dadurch entscheidend belebt zu haben. Diese Selbstdarstellungen haben nicht viel mit der tatsächlichen sozioökonomischen Entwicklung zu tun: Bis auf leichte Akzentverschiebungen verfolgten alle Regierungen der letzten Jahre einen Privatisierungskurs, der nicht dem Aufbau eines heimischen Binnenmarkts oberste Priorität einräumte, sondern der Stabilisierung des Währungssystems. Eine stabile Währung ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren marktwirtschaftlicher Strukturen. Doch wenn in Bulgarien heute der Lev nur noch begrenzt als Zahlungsmittel Verwendung findet und statt dessen die heimische Produktion von Nahrungsmitteln und damit die Subsistenz- bzw. Naturalwirtschaft dominante Züge annimmt, müßte diese Prioritätensetzung eigentlich überdacht und gegebenenfalls revidiert werden. Nichts anderes empfahl die Bewegung Simeon II im Parlamentswahlkampf. Sehr bald nahm sie jedoch Abschied von ihren ursprünglichen Plänen.

### Die Einführung des *currency board* in Bulgarien

Wirtschaftskrise 1996/97

Zur Jahreswende 1996/97 erlebte Bulgarien die schwerste Wirtschaftskrise seit Beginn des Transformationsprozesses im Jahre 1990: Die hohe inländische Staatsverschuldung hatte im Frühjahr 1996 quasi über Nacht eine Bankenkrise ausgelöst, welche die bulgarische Wirtschaft gegenüber ausländischen Kreditgebern in ernste Zahlungsschwierigkeiten brachte. Mit der Verabschiedung eines Strukturprogramms hoffte die damalige sozialistische Regierung auf Unterstützung seitens Weltbank und IWF. Danach sollten 134 marode Staatsunternehmen geschlossen und potentielle Käufer, das heißt vorwiegend ausländische Investoren, mit einer zeitlich begrenzten Steuerbefreiung belohnt werden. Vizepremier und Wirtschaftsminister Rumen Gečev warb im bulgarischen Parlament um Zustimmung zu seinen Wirtschaftsreformen mit den Worten: »Es geht um die Refinanzierung in einer Höhe zwischen 700 Mio. und 1 Mrd. Dollar, die auf die Stabilisierung der Zahlungsbilanz unseres Landes gerichtet ist. Die Vereinbarungen [mit dem IWF] werden uns den Weg für bereits vereinbarte Kreditzahlungen von Seiten Japans (50 Mio. Dollar) und der Europäischen Union (40 Mio. ECU) öffnen.«<sup>21</sup>

Stopp der Kredittranche

Doch schon wenige Monate später zeigten sich die Vertreter des IWF unzufrieden mit der schleppenden Privatisierung und verweigerten die Auszahlung der im Oktober 1996 erwarteten zweiten Kredittranche in

<sup>21</sup> Sabine Riedel, Brotmangel und Bankenkrise in Bulgarien: Zeitungsberichte und wirtschaftspolitische Hintergründe, Dokumentation, in: Südosteuropa, 45 (1996) 6–7, S. 523–535, insbes. S. 533f.



Höhe von 116 Mio. US-Dollar. Die Kreditvergabe wurde seitdem von einer neuen Bedingung abhängig gemacht, der Einführung eines sogenannten *currency board* (Währungsrat) mit einer Fixierung des Lev an eine ausländische Währung. Der *Economist* schrieb hierzu: »The first is a string of painful reforms, including [...] the creation of a new currency board [...]. The IMF is demanding these measures as a condition for handing over the next slice of a loan worth \$ 582m.«<sup>22</sup> Infolgedessen wurde bereits im Dezember ein höchst defizitärer Staatshaushaltsentwurf für das Jahr 1997 vorgelegt, in dem allein für die Bedienung der In- und Auslandsschulden 54% der gesamten Haushaltsausgaben veranschlagt werden mußten.<sup>23</sup> Selbst für den Fall, daß die Kritik der internationalen Finanzinstitutionen am schleppenden Privatisierungskurs der Regierung sachlich geboten erschien, bleibt aus heutiger Sicht die Maßnahme der Kreditsperrung völlig unverständlich. Denn sie führte Bulgarien nicht etwa auf den richtigen Reformkurs zurück, sondern zunächst an den Rand des Staatsbankrotts: Das Jahr 1997 begann nicht nur ohne gesicherten Staatshaushalt, sondern infolge der von der Opposition organisierten sozialen Proteste auch ohne amtierende Regierung.

Die Sozialisten hatten sich zur Überwindung der akuten Finanz- und Regierungskrise bereits mit der Einführung eines solchen Finanzregimes arrangiert,<sup>24</sup> da erhob die konservative Opposition ihre Forderung nach unverzüglichen Neuwahlen zum bulgarischen Parlament. Deshalb ging der Streit um die Finanz- und Wirtschaftspolitik längst nicht mehr um das *currency board* als solches, sondern um das Wie seiner Einsetzung. In einer Erklärung des Koordinationsrats der UDK vom 12. Dezember 1996 begründete die Opposition die Notwendigkeit eines gleichzeitigen Regierungswechsels wie folgt: »Die [sozialistische] Regierung kann kein Vertrauen für ein solch schwieriges und entscheidendes Vorhaben wie den Währungsrat herstellen. Der Rat wäre selbst bei seiner Einsetzung nicht erfolgreich, weil er zusätzliche Einsparungen der Haushaltsausgaben erfordert, was bei der Bevölkerung negative Reaktionen gegen die Regierung und die von ihr vorgeschlagenen finanziellen Kürzungen hervorrufen wird.«<sup>25</sup>

Die UDK konnte es sich offenbar nicht vorstellen, daß das Szenario ihr eigenes Schicksal im Jahre 2001 beschreiben könnte. Zunächst erreichte sie Ende Februar 1997 nach Mobilisierung mehrwöchiger Massenproteste nicht nur die Auflösung des Parlaments zur Vorbereitung auf die geforderten Neuwahlen, sondern auch den endgültigen Verzicht der Sozialisten auf die Bildung einer Interimsregierung, die ihr als größte Fraktion per

Konservative Opposition  
fordert Neuwahlen

Die dreimonatige  
Interimsregierung

<sup>22</sup> Bulgaria's Poisoned Chalice, in: *The Economist*, 4.1.1997.

<sup>23</sup> Sabine Riedel, Bulgarien: Rücktritt der Regierung Žan Videnov. Die Opposition erzwingt vorgezogene Neuwahlen, Dokumentation, in: *Südosteuropa*, 46 (1997) 3–4, S. 213–228, insbes. S. 214.

<sup>24</sup> Programa za praktičeski dejstvija na BSP 1997–1998 godina [Aktionsprogramm der Bulgarischen Sozialistischen Partei für 1997–1998], in: *Duma*, 30.12.1996, S. 8–9, deutsche Übersetzung ebd., S. 219f.

<sup>25</sup> Bălgarija nuždae ot sădbonosni merki za spasenie [Bulgarien braucht zur Rettung schicksalhafte Maßnahmen], in: *Demokracija*, 12.12.1996, S. 10, deutsche Übersetzung, ebd., S. 216f.

Gesetz zur Bulgarischen Nationalbank (BNB)

Gesetz zustand. Der seit Mitte Januar 1997 amtierende konservative Staatspräsident Petăr Stoajanov ernannte nach Auflösung des Parlaments am 12. Februar 1997 eine UDK-geführte Interimsregierung unter Ministerpräsident Stefan Sofjanski. Dieser regierte dreieinhalb Monate ohne demokratische Kontrolle durch Dekrete und verhandelte in dieser Zeit mit der IWF-Mission in Bulgarien unter Vorsitz von Anne McGuirk über die Modalitäten zur Einführung eines *currency board arrangement*.<sup>26</sup> Bereits am 17. März kam es zur entscheidenden Vereinbarung, die Bulgarien neue Sonderziehungsrechte in Höhe von 657 Mio. Dollar einräumte.<sup>27</sup>

Die Regierungskrise sowie offensichtliche Schwächen des parlamentarischen Systems hatten dazu geführt, daß Bulgarien im Augenblick höchster wirtschaftlicher Not einen wichtigen Bestandteil seiner politischen Souveränität, nämlich die Hoheit über seine Staatsfinanzen, de facto und zum Teil auch de jure an die internationalen Finanzinstitutionen abgegeben hatte: Denn das Gesetz zur Umstrukturierung der Bulgarischen Nationalbank, welches am 1. Juli 1997 in Kraft trat, sah nicht nur eine Fixierung des Lev an die Deutsche Mark im Verhältnis 1 zu 1 vor (Artikel 29). Nach Artikel 43 erhält die BNB die Aufgabe, Schulden der öffentlichen Hand zu übernehmen. Dabei wurde vereinbart, daß die BNB staatlichen Stellen sowie dem bulgarischen Staat zur Finanzierung seines Haushalts nur Kredite aus den Sonderziehungsrechten des IWF gewähren dürfe. In Artikel 45 heißt es: »The Bulgarian National Bank may not extend credits in any form whatsoever to the State or to any state agency, except credits against purchases of special drawing rights from the International Monetary Fund, extended by the Managing Board under the following terms [...]«. <sup>28</sup>

Starker Einfluß des IWF

Aus dieser Bestimmung leitet sich eine unmittelbare Einflußmöglichkeit des IWF auf die Ausgestaltung des bulgarischen Staatshaushalts und damit auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik ab: Denn das chronisch defizitäre Staatsbudget ist auf eine Finanzierung durch Kredite der internationalen Finanzorganisationen angewiesen, über deren Vergabe der IWF nach Prüfung der Einhaltung gesetzter Reformauflagen entscheidet. Die Bereitschaft zur makroökonomischen Stabilisierung der bulgarischen Wirtschaft hat die Regierung in einem jährlichen »Letter of Intent and Memorandum on Economic Policies« gegenüber dem 24köpfigen *Exekutivdirektorium* zu dokumentieren. Erst danach entscheidet das Führungsgremium des IWF über die Vergabe von sogenannten Sonderziehungsrechten (SZR) in Form terminierter Kredite. Während allerdings der bulgarische Staatshaushalt von der BNB als Zentralbank und letztlich auch von der politischen Zustimmung des IWF abhängig ist, bestätigt umkehrt das Gesetz in Artikel 44 nicht nur die Unabhängigkeit der bulgarischen

<sup>26</sup> Riedel, Bulgarien, in: *Ismayr*, Die politischen Systeme Osteuropas, S. 574.

<sup>27</sup> Bulgaria-IMF Agree on Finance Board to Manage Economy, in: France Presse, 17.4.1997.

<sup>28</sup> Zakon za Bălgarskata narodna banka [Gesetz zur Bulgarischen Nationalbank], *Dăržaven vestnik* [Staatsanzeiger], (10.6.1997) 46; Internetversion, S. 11 unter <<http://www.lex.bg>> mit englischer Textversion: Law on the Bulgarian National Bank, S. 11.

Nationalbank von staatlichen Stellen. Sie darf sogar – allerdings mit Zustimmung der Regierung – als Vertreter des Ministerrats auftreten und verhandeln.

Als neuen Gouverneur der Bulgarischen Nationalbank wählte das Parlament auf Vorschlag der Regierung den Finanzminister der Interimsregierung, Svetoslav Gavrijski, der die Vereinbarungen mit dem IWF über den Währungsrat ausgehandelt hatte. Ihm zur Seite stehen drei, ebenfalls vom Parlament gewählte Stellvertreter, die jeweils eine Abteilung der BNB leiten. Eine dieser Abteilungen, die Finanzabteilung (issue department) hat die Aufgabe, die Stabilität der Währung und damit das *currency board arrangement* zu überwachen, so daß die Abteilung oft in den Medien mit dem *currency board* personifiziert wird. Ihr Leiter ist seit dem 1. Juli 1997 – nach Bestätigung durch das Parlament – der heute 40jährige Ökonom Martin Zimov, der Bulgarien auch in der Weltbank vertritt.<sup>29</sup>

Starker Einfluß der BNB

## Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen UDK

Am 7. März 2001 verfaßte Muravej Radev, der Finanzminister der alten UDK-Regierung, zusammen mit dem Gouverneur der Nationalbank, Svetoslav Gavrijski, einen »Letter of Intent« für den Managing Director des IWF, Horst Köhler. Darin heißt es unter anderem: »We have achieved macroeconomic stabilization, reduced the external debt burden, privatized the bulk of the enterprise and banking sectors, and initiated the restructuring of the infrastructure monopolies.« Die Vorteile des *currency board arrangement* sind also nach drei Jahren mit folgenden Punkten umschrieben: Reduktion des Haushaltsdefizits im Jahre 2000 auf 269 Mio. Lev (140 Mio. US-Dollar bzw. 1% des BIP), Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 5% im Jahre 2000, eine niedrige Inflationsrate von ca. 11% im Jahre 2000, eine auf dem Niveau von 18% stagnierende Arbeitslosenrate.<sup>30</sup>

Die Vorteile eines *currency board* haben jedoch ihren Preis.<sup>31</sup> Denn das Währungssystem wird letztlich nicht durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert, sondern durch die Fixierung des Wechselkurses der heimischen Währung, die jedoch nur durch eiserne Budgetbegrenzung erreicht werden kann. Der finanzielle Aktionsradius für staatliche Investitions- und Sozialprogramme wird erheblich eingegrenzt, so daß die Regierung letztlich kaum noch über eigene politische Instrumente verfügt, um auf zusätzliche sozioökonomische Schwierigkeiten zu reagieren. Diese können im Zusammenhang mit einem Handelsbilanzdefizit auftreten, das heißt durch einen Importüberschuß, was die Rückzahlung der Auslandsschulden erschwert, aber auch durch einen Rück-

Vorteile des  
*currency board*

<sup>29</sup> Bulgaria's Economy Recovering, Head Of Currency Board Says, in: Dow-Jones, 16.9.1997, vgl. News & Media unter <<http://www.online.bg/ASP/news2.asp>>.

<sup>30</sup> Letter of Intent and Memorandum on Economic Politics, Sofia 7.3.2001, unter <<http://www.imf.org/external/np/loi/2001/bgr/01/index.htm>>.

<sup>31</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Dobrinsky, Rumen, Fiscal Policy Under a Currency Board Arrangement: Bulgaria's Post-crisis Policy Dilemmas, Wien: The Vienna Institute for International Economic Studies (WIIW), März 2000 (Research Reports, No. 265), S. 26f.

Nachteile *currency board*

gang der Konsumnachfrage infolge eines realen Wertverlustes des Lev auf dem heimischen Markt.

Diese zusätzlichen Schwierigkeiten sind seit der Einführung des *currency board* tatsächlich eingetreten und haben die sozioökonomischen Folgekosten der Stabilisierungsmaßnahmen drastisch erhöht. Erwähnt sei hier nur das Auftreten eines Handelsbilanzdefizits seit dem Jahre 1998. Lagen die Anteile am gesamten Handelsvolumen von Im- und Exporten im Jahre 1997 noch bei je 50%, fiel die Exportrate beim bulgarischen Außenhandel auf 45,9% im Jahre 1998 und auf 42,1% im Jahre 1999, was einem Defizit von 1,496 Mrd. US-Dollar entsprach.<sup>32</sup> Diese Tendenz konnte auch im fünften Jahr nach Einführung des Währungsrats nicht zum Positiven gewendet werden. Allein im ersten Halbjahr 2002 betrug das Handelsbilanzdefizit 955 Mio. US-Dollar.<sup>33</sup> Dies erschwert die Rückzahlung der Auslandsschulden und zwingt den Staat zu einer noch rigideren Sparpolitik, um eine neue Staatsverschuldung zu umgehen. Die vom IWF umso entschiedener geforderten Strukturreformen müssen auf dem Weg einer möglichst schnellen Privatisierung erfolgen, was meist auf die Schließung von Betrieben hinausläuft. Die Erhöhung der Arbeitslosenrate, zusätzliche Belastungen der Sozial-, Renten- und Krankenversicherungen sowie Steuerausfälle sind die unmittelbaren Folgen.

Nachlassende Konsumnachfrage

Besonders problematisch wirkte sich jedoch die Fixierung des Lev an die D-Mark bzw. den Euro auf die inländische Konsumnachfrage aus. Denn die Stabilisierung der heimischen Währung geschieht ja vor allem im Hinblick auf den internationalen Markt. Auf dem heimischen Markt dagegen drängte der IWF in den vergangenen fünf Jahren auf eine kontinuierliche Erhöhung der Energiepreise. Lagen die Ausgaben für Wasser, Heizung und Energie eines bulgarischen Haushalts im Jahre 1997, zur Zeit der Einführung des Währungsrats, bei 65,47 Lev bzw. D-Mark pro Monat und Haushalt, erreichten sie im Jahre 2000 schon 168 Lev und damit das 2,5fache.<sup>34</sup> So mußten Vertreter der IWF-Mission in Bulgarien bereits im Jahre 2000 zugeben, daß der Lev zwischen 22,1 und 28,7% seines Wertes gegenüber dem Vorjahr eingebüßt hatte.<sup>35</sup>

Drastische Lohn- und Einkommensverluste

Der Wertverlust des Lev bedeutet für die bulgarischen Arbeitnehmer und Rentner schmerzliche Einkommenseinbußen, die meist durch Konsumzurückhaltung kompensiert werden. Nach Angaben des Instituts für soziale und gewerkschaftliche Studien (ISSI) lag Anfang des Jahres 2001 das monatliche Durchschnittseinkommen pro Person bei 118 Lev bzw. 118 D-Mark. Um sich jedoch mit 2000 Kalorien pro Tag physisch am Leben zu halten, brauchte der Bulgare bereits ein Jahr zuvor 100 Lev bzw. D-Mark

<sup>32</sup> Statističeski godišnik na Republika Bălgarija 2000 – Republic of Bulgaria, Statistical Yearbook 2000, Vănšnotărgovski stokoobmen – Foreign Trade Turnover, Sofia 2000, S. 217.

<sup>33</sup> National Statistical Institute (NSI), Foreign Trade, unter <<http://www.nsi.bg>>.

<sup>34</sup> Pari (Sofia), 14.3.2002; vgl. Fn. 28.

<sup>35</sup> Vgl. Razkol v BNB za borda [Streit über den Währungsrat in der Bulgarischen Nationalbank], in: Monitor (Sofia), 10.5.2000.

pro Monat.<sup>36</sup> Zahlen des Nationalen Statistischen Instituts (NSI) belegen für die Periode von Dezember 2000 bis Dezember 2001 einen weiteren Rückgang der Einkommen. Verfügte ein bulgarischer Haushalt Ende des Jahres 2000 noch durchschnittlich über 470,73 Lev oder D-Mark monatlich, waren es Ende 2001 nur noch 409,52 Lev oder D-Mark.<sup>37</sup> Ein Monatslohn allein reichte also schon im Jahre 2001 nicht mehr aus, um eine mehrköpfige Familie zu ernähren: Der monatliche Durchschnittsverdienst lag bei 248 Lev, während Arbeitnehmer in der Textil- und Bekleidungsindustrie im letzten Jahr lediglich 161 Lev verdienten, Ärzte und Lehrer immerhin 232 Lev oder D-Mark. Die höchsten Gehälter wurden 2001 im Energiesektor bezahlt; sie lagen im vergangenen Jahr bei 582 Lev.<sup>38</sup>

Hinter der offiziellen Statistiken über eine niedrige Inflationsrate und eine stagnierende Arbeitslosigkeit verbirgt sich also eine soziale Wirklichkeit, die durch einen Kampf ums tägliche Leben geprägt ist. Eine soziologische Untersuchung des Sozialdemokratischen Instituts aus dem Jahre 1999 kam nach einer Befragung von 11 200 Personen zu dem Ergebnis, daß »20% der verhältnismäßig Reichen mehr verbrauchen als die restlichen 80%. Gleichzeitig nähert sich die materielle Lage der erwähnten 80% mehr und mehr der Grenze des physischen Überlebens. [...] Über 30% sind bereits auf diese unterste Stufe gefallen, auf der es nur noch um den reinen Nahrungserwerb geht.«<sup>39</sup> Die zitierte Studie konstatierte schon für das Jahr 1999, daß ganze 45% der bulgarischen Bevölkerung auf häuslich hergestellte Nahrungsmittel wie Fleisch, Gemüse und Obst angewiesen waren.

30% kämpfen ums tägliche Überleben

## Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen Regierung

Die schwache Kaufkraft infolge der niedrigen Löhne, steigenden Abgaben und Steuern stand seit Frühjahr 2001 im Zentrum des Wahlprogramms der Nationalen Bewegung des Ex-Zaren. Zwar wurde ihr von Kritikern unterstellt, mit Wahlversprechen zur Erhöhung der Renten und Mindestlöhne politischen Populismus zu betreiben. Doch verbarg sich hinter diesen Vorwürfen eher die Angst vor einem ernstzunehmenden politischen Konkurrenten. Denn die beiden großen Parteien verfügten über keinerlei Konzepte dafür, wie der Widerspruch zwischen dem relativ stabilen Finanzsystem und den Krisenerscheinungen in der realen Wirtschaft aufzulösen ist. Während die damals regierende konservative UDK

Das alternative Wirtschaftsprogramm

<sup>36</sup> Pone 100 lv. trjabvat na bälgarina za oceljavane [Etwa 100 Lev braucht der Bulgare zum Überleben], in: Duma (Sofia), 24.4.2001.

<sup>37</sup> Bednostta e vodešt problem v ikonmikata [Die Armut ist das größte Problem für die Wirtschaft], in: Pari (Sofia), 14.3.2002.

<sup>38</sup> 250 lv. e srednata rabotna zaplata za 2001 g. [Bei 250 Lev lag der Durchschnittsverdienst im Jahre 2001], in: Pari (Sofia), 14.3.2002.

<sup>39</sup> Andrej Rajčev/Koljo Kolev/Andrej Bundulov/Lilija Dimova, Socialnata stratifikacija v Bälgarija sled 1989 g. Pričini, faktori, tendencii [Soziale Stratifikation in Bulgarien nach 1989. Ursachen, Faktoren und Tendenzen], Socialdemokratičeski institut und Friedrich-Ebert-Stiftung, Sofia 2000, S. 77; übersetzte Auszüge bei Sabine Riedel, Soziale Mißstände in Europa: Bulgarien als Beispiel für das Versagen der internationalen Wirtschaftspolitik, Dokumentation, in: Südosteuropa, 49 (2000) 3–4, S. 211–223, insbes. S. 222.

die Einkommensverluste und damit die schwindende Kaufkraft als ein notwendiges Übel in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft deklarierte, erschöpfte sich die Kritik der Sozialisten in dem Hinweis auf die sozialen Verwerfungen. Statt konkrete Spielräume für die politische Gestaltung von Wirtschaftsprozessen zu benennen, konzentrierten sie sich auf ihr neues diffuses Image als »sozialdemokratische« Alternative, um von den Fehlern ihrer früheren »sozialistischen« Regierungspolitik abzulenken.

Motto: »Die Menschen in Bulgarien sind die wertvollste Ressource«

Im Gegensatz dazu versprach Simeon Saksoburggotski, den Privatisierungskurs sozial verträglich zu gestalten, das heißt, das Leben für die Bezieher von Durchschnittseinkommen wieder bezahlbar zu machen.<sup>40</sup> Die »Erhöhung des Lebensstandards und Entwicklung des Sozialkapitals« rangierte im Regierungsprogramm der Nationalen Bewegung vom Juli 2001 auf dem zweiten Platz, gleich nach dem Abschnitt »stabiler makroökonomischer Rahmen«. Unter dem Motto »Die Menschen sind Bulgariens wertvollste Ressource« heißt es: »Bis zum Jahre 2005 ist im Hinblick auf unsere Integration in die Europäische Union das wichtigste Ziel der Lohnpolitik die Erhöhung des Lohnniveaus und der Lebensqualität auf der Basis eines gesunden Wirtschaftswachstums und einer niedrigen Inflation.«<sup>41</sup>

Vorschlag: Erhöhung der Konsumnachfrage

Die inländische Produktion sollte aber nicht nur durch eine Erhöhung der Konsumnachfrage angekurbelt, sondern durch entsprechende fiskalpolitische Maßnahmen ergänzt werden. Vorgeschlagen wurde eine Reduzierung der hohen Abgabelast für Unternehmen und Arbeitnehmer durch eine allgemeine Senkung der Lohn- und Einkommenssteuern. Das Regierungsprogramm sah vor, die Grenze für das steuerfreie Mindesteinkommen heraufzusetzen sowie die Gewinnsteuer von 20 auf 15% zu senken.<sup>42</sup> Besondere Priorität wurde der Förderung des Mittelstandes eingeräumt. Kleinere Unternehmen sollten erstmals in den Genuß eines begrenzten zinslosen Kredits kommen. Denn infolge der hohen Zinspolitik konnte sich der Mittelstand bisher weder private noch staatliche Darlehen leisten und deshalb trotz der Finanzstabilität unter Obhut des Währungsrats kaum entwickeln.

Keine Besserung der sozioökonomischen Lage

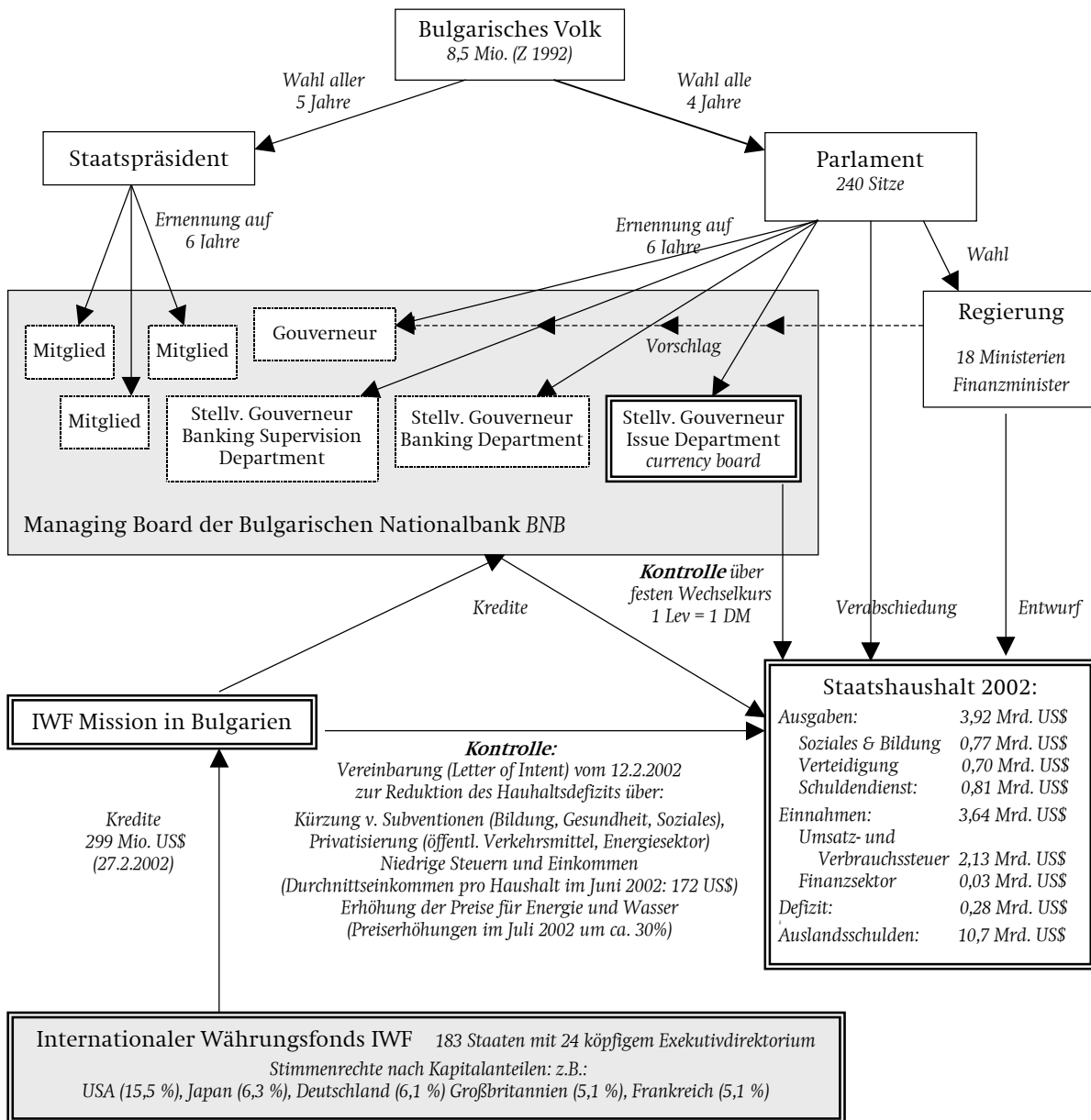
Wie sieht die sozioökonomische Lage in Bulgarien knapp ein Jahr nach dem überraschenden Wahlsieg der Nationalen Bewegung des Ex-Monarchen aus? Auch wenn die Periode von zehn Monaten für eine Gesamteinschätzung der Regierungspolitik knapp bemessen ist, müßte sich schon heute zumindest eine Wende zum Besseren andeuten. Hier verweisen die aktuellen Daten allerdings auf eine weitere Verschlechterung der Lage. Die bulgarische Presse ist voll von Berichten über Preiserhöhungen und wachsende soziale Not.

<sup>40</sup> Vgl. das Wahlprogramm der NBS II unter <<http://www.ndsimeon2.org>>.

<sup>41</sup> Horata sa bogatstvoto na Bălgarija. Upravlenska programa na pravitelstvo na Republika Bălgarija. Socialna politika i pazar na truda. 3. Politika na dohodite i žiznenoto ravnište [Die Menschen sind Bulgariens Reichtum. Das Regierungsprogramm der Regierung der Republik Bulgarien. Sozialpolitik und Arbeitsmarkt. 3. Lohnpolitik und Lebensqualität], unter <<http://www.government.bg>>.

<sup>42</sup> Ebd., Nacionalni finansi. 3. danăčna politik [Nationale Finanzen. 3. Steuerpolitik].

Das System des *currency board* (Währungsrat) in Bulgarien



Eigene Zusammenstellung, Quellen: Gesetz zur Bulgarischen Nationalbank, in: Dăržaven vestnik [Staatsanzeiger], Sofia, (10.6.1997) 46; <www.lex.bg>; die Bulgarische Nationalbank unter <www.bnb.bg>; Bulgaria – Letter of Intent and Memorandum on Economic Politics, Sofia, 12.2.2002, unter <www.imf.org:80/external/country/bgr/index.htm>; Zakon za Dăržavnija Bjudžet na Republika Bălgarija za 2002 g. [Gesetz über den Staatshaushalt der Republik Bulgarien im Jahre 2002], in: Dăržaven vestnik [Staatsanzeiger], (28.12.2001) 111 und (19.3.2002) 28, beide unter <http://www.lex.bg>. Wegen des festen Wechselkurses entsprechen die Angaben in Lev dem D-Mark-Betrag. Zur Umrechnung in Euro gilt: 1 Euro = 1,956 DM und 0,981 Euro = 1 US\$. Die hier genannten Zahlen sind laufend Veränderungen unterworfen. So rechnet das Finanzministerium infolge niedrigerer Steuereinnahmen Mitte dieses Jahres bereits mit einem Haushaltsdefizit von 443 Mio. US\$ für 2002.

Preiserhöhungen  
zwischen 3 und 43%

Zu Beginn des Jahres 2002 war der höchste Preisanstieg seit Einführung des Währungsrats zu verzeichnen. Nach den offiziellen Zahlen des Nationalen Statistischen Instituts hat es in den ersten drei Monaten des Jahres 2002 eine Verteuerung von 5,2% gegeben. Doch diese Zahl gibt nur den statistischen Durchschnittswert wieder: »Wegen der hohen Inflation zwischen Januar und März sind die Bankguthaben der Sparer zusammengeschmolzen. Für je 100 Lev haben sie 3,80 Lev verloren. Von Januar bis März sind die Zigaretten um 40,3% teurer geworden, die Arzneimittel um 21%, das Benzin um 5,4%, die Arztkosten um ganze 3%, die Gebühren für die Müllabfuhr sind um 43,4% gestiegen.«<sup>43</sup> Anfang Mai 2002 beschloß das Kabinett weitere Preiserhöhungen für Trinkwasser.<sup>44</sup> Vorschläge für eine Anhebung der Studiengebühren liegen bereits auf dem Tisch.<sup>45</sup>

Die Folgen: Inflationsrate steigt, Einkommen sinken

Angesichts der voraussichtlichen Inflationsrate von 8–10% für das Jahr 2002 bedeuten die angekündigten Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst von 5% sowie die Anhebung der Renten um durchschnittlich 6% weitere Einkommenseinbußen.<sup>46</sup> Ausgenommen von den allgemeinen Lohnerhöhungen bleiben allerdings die Gehälter für die rund 110 000 Lehrer des Landes, deren Durchschnittsverdienst wie erwähnt bei 232 Lev monatlich liegt. Nach einer Erklärung des Bildungsministeriums sollten sie ab Juli 2002 auf 10% ihrer Einkünfte verzichten.<sup>47</sup>

Mangel an Medikamenten

Dramatische Zustände treten im gesamten sozialen Bereich zutage, auf die hier nur ein kurzes Schlaglicht geworfen werden soll.<sup>48</sup> Die chronische Unterfinanzierung des Sozialsystems, die mit der mangelnden Zahlungsmoral von Arbeitnehmern und Arbeitgebern infolge von Arbeitslosigkeit und Schattenwirtschaft zu erklären ist, hat zu einem Medikamentennotstand in den bulgarischen Krankenhäusern geführt: Im Februar 2002 gab es keine Medikamente mehr für die Behandlung von Krebskranken. »Den Patienten wird vorgeschlagen, sich die entsprechenden Medikamente [zu Preisen] zwischen 300 und 1000 Lev selbst zu kaufen oder die Behandlung zu verschieben.« Doch nach Meinung des Chefarzts eines Sofioter Krankenhauses, Asen Dudov, »fehlen Medikamente im ganzen Land, von einem auf den anderen Tag sind sie plötzlich aus den Apotheken verschwunden, so daß die Patienten sie gar nicht kaufen können«. Die Ärzte

<sup>43</sup> Otnovo rekordni ceni prez mart [Schon wieder Höchstpreise im März], in: Standart (Sofia), 11.4.2002; vgl. das NSI unter <<http://www.nsi.bg>>.

<sup>44</sup> Cenata na vodata šte poskăpne drastično [Der Preis für Wasser wird sich dramatisch erhöhen], in: Demokracija (Sofia), 10.5.2002.

<sup>45</sup> Rektorite iskat 20% po-visoki taksi [Die Rektoren fordern eine Erhöhung der Studiengebühren um 20%], in: v. Sega (Sofia), 10.5.2002.

<sup>46</sup> Visokata inflacija – tajnata ljubov i javnijat strah na upravljavaštite [Hohe Inflation – heimliche Liebe und erklärte Angst der Regierung], in: Monitor (Sofia), 11.4.2002.

<sup>47</sup> Učitelite gotvjat stačka ot 1 juni [Die Lehrer bereiten für den 1. Juni einen Streik vor], in: Standart (Sofia), 10.5.2002.

<sup>48</sup> Vgl. hierzu ausführlich Sabine Riedel, Bulgarien und die Europäische Union. Die soziale Dimension des Integrationsprozesses, in: Südosteuropa, 48 (1999) 9–10, S. 567–598.



schicken deshalb ihre Krebspatienten ins nahegelegene Ausland, zum Beispiel nach Rumänien.<sup>49</sup>

Die gesundheitliche Unterversorgung betrifft jedoch längst nicht mehr nur die Schwerkranken, sondern sie schlägt sich mittlerweile auch auf den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung nieder. Im März 2001 ergab eine wissenschaftliche Untersuchung von 10 000 Personen, daß heute statistisch gesehen jede zweite Frau in Bulgarien chronisch krank ist: »Unter den Frauen ist das subjektive Empfinden eines schlechten Gesundheitszustandes [innerhalb von vier Jahren] von 38,8 auf 44,4% gestiegen. [...] Die Untersuchung hat ergeben, daß Frauen häufiger an chronischen Krankheiten leiden als Männer.«<sup>50</sup> Das Nationale Statistische Institut verwies zwar darauf, daß diese Studie eigentlich nur das subjektive Empfinden der Befragten widerspiegeln. Doch andere Zeitungsmeldungen bestätigen diese Tendenz: Die allgemeine Ausweglosigkeit aus der sozioökonomischen Krise führe zu irreparablen psychischen Schäden, lautet ein Bericht von Elena Trifonova im deutschsprachigen *Bulgarischen Wirtschaftsblatt*: »Die Menschen sind müde und entmutigt durch den bereits 12 Jahre andauernden Übergang und durch die Tatsache, daß sich die Situation im Land nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. Mehr noch: Psychologen und Soziologen sprechen von solchen Massenerscheinungen wie sozialer Depression, Pessimismus und Perspektivlosigkeit. [...] Die gesellschaftliche Atmosphäre ist spannungsgeladen, die Streitigkeiten werden immer heftiger.«<sup>51</sup>

Jede zweite Frau in Bulgarien ist krank

## Der IWF als schärfster Kritiker der Wirtschaftspolitik der NBS II

Schon im ersten Kapitel wurde darauf hingewiesen, daß die neue Regierung das Scheitern ihrer anfänglich alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit hohen Vertrauensverlusten bei der Bevölkerung bezahlen muß. Doch trägt sie die Verantwortung für die negativen sozialen Folgen der monetären Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht allein. Denn von ihrem Wahlprogramm blieb nicht zuletzt deshalb wenig übrig, weil sie selbst nicht mehr über die volle Souveränität des Staatshaushalts verfügt. Denn wie bereits oben in der Übersicht (S. 25) zum System des *currency board* dargestellt, kommt kein bulgarischer Staatshaushalt heute ohne die Einwilligung des IWF-Vertreters und damit des größten Gläubigers der bulgarischen Auslandsschulden in Höhe von 8,8 Mrd. US-Dollar zustande.

Begrenzte Souveränität der Regierung

Den politischen Druck üben die Wirtschaftsexperten des IWF ganz offen und mit voller Überzeugung hinsichtlich der Erfolgsaussichten aus. In angesehenen deutschsprachigen Tageszeitungen ist nachzulesen, daß der IWF von Anfang an das Ziel der Haushaltskonsolidierung für nicht reali-

Kritik vom IWF

<sup>49</sup> Bolnite ot rak ot 3 meseca sa bez lekarstva [Krebskranke sind seit 3 Monaten ohne Medikamente], in: v. Sega (Sofia), 10.5.2002.

<sup>50</sup> Zenite po bolni ot mazete [Die Frauen sind kränker als die Männer], in: Monitor (Sofia), 16.10.2001.

<sup>51</sup> Elena Trifonova, Euroskeptizismus – die Krankheit der »Neuen Zeit«, in: Bulgarisches Wirtschaftsblatt (Sofia), März 2002, S. 9; unter <www.online.bg/wb/>.

Auflagen des IWF  
für die Kreditvergabe

sierbar hielt, »wenn die Regierung an ihren radikalen Steuersenkungsplänen und den anfänglich gemachten Versprechen zur Verbesserung der sozialen Lage festhält.«<sup>52</sup> Einen Monat später heißt es in einem weiteren Bericht: »Kaum aus Washington zurück, nahm er [Finanzminister Milen Velčev] die vom IMF kritisierte Absicht zur Steuerbefreiung reinvestierter Unternehmensgewinne zurück und kündigte massive Abgabenerhöhungen auf wichtige Konsumgüter wie Benzin, Bier und Tabak an.«<sup>53</sup>

Über die Finanzierung des Staatshaushalts hat der IWF konkrete Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der bulgarischen Regierung: So kam es Mitte Dezember 2001 wieder zu den alljährlichen Absprachen zwischen dem Finanzministerium und dem IWF über die Konditionalitäten einer neuen Kreditaufnahme. Infolge der Rezession der Weltwirtschaft, die sich durch den festen Wechselkurs des Lev direkt auf die bulgarische Wirtschaft auswirkt, sah sich die Regierung gezwungen, über einen Kredit in Höhe von 300 Mio. US-Dollar statt der geplanten 150 Mio. zu verhandeln. Finanzminister Milen Velčev kommentierte die Gespräche mit Jerald Schiff, dem Leiter der IWF-Mission in Bulgarien bis Ende 2001, wie folgt: »We are to discuss the structural reforms within the BDZ (the State-run Railways Company), the energy sector, health care and education, as well as the future steps of the government concerning the managing of the foreign debt.«<sup>54</sup>

Finanzierung des  
Staatshaushalts

Wären die Gespräche gescheitert, hätte die Regierung dem bulgarischen Parlament am 28. Dezember 2001 keinen Haushaltsentwurf vorlegen können. Doch die rechtzeitige Einigung sicherte die Finanzierung der für 2002 veranschlagten Haushaltsausgaben in Höhe von 3,92 Mrd. US-Dollar. Davon gehen insgesamt 19,5% (0,77 Mrd.) als Transferleistungen an die staatliche Sozialversicherung, in Wissenschaft und Bildung sowie ins Gesundheitswesen. Etwa die gleiche Summe, nämlich 20,6% der Haushaltsausgaben (0,81 Mrd.) wird zur Bedienung der Zinsen und Rückzahlung der Auslandsschulden aufgewendet. Noch einmal 17,9% (0,70 Mrd.) gehen in den Verteidigungshaushalt.<sup>55</sup> Da nur 0,7% der Staatseinnahmen als Gewinnsteuer aus dem für die Ausgabenseite so dominanten Finanzsektor zurückfließen und außerdem Bulgarien derzeit von keinem Nachbarland ernsthaft bedroht wird, stellt sich zwingend die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Steuerlast: Während Arbeitnehmer 7,9% der Haushaltseinnahmen in Form von Lohnsteuer finanzieren, die Vermögenden 15,3% des Staatshaushaltes bestreiten, bringen die Unternehmen 6,7% Gewinnsteuer ein. Doch 59,6% der gesamten staatlichen Einnahmen werden durch die Umsatz- und Verbrauchssteuer bestritten. Somit trägt derzeit

<sup>52</sup> Gestörtes Realitätsempfinden in Bulgarien. Resultatloser Besuch einer IMF-Delegation, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.9.2001, S. 11.

<sup>53</sup> Canossa-Gang Bulgariens. Umdenken im »königlichen« Wirtschaftsteam, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.10.2001, S. 11.

<sup>54</sup> IMF: Do Not Pour Money into the BDZ Budget, in: Standartnews (Sofia), 10.12.2001.

<sup>55</sup> Vgl. Zakon za Dăržavnija Bjudžet na Republika Bălgarija za 2002 g. [Gesetz über den Staatshaushalt der Republik Bulgarien im Jahre 2002], in: Dăržaven vestnik [Staatsanzeiger], (28.12.2001) 111 und (19.3.2002) 28, unter <<http://www.lex.bg>>.

eine bereits im Durchschnitt verarmte Bevölkerung die Hauptlast der Staatseinnahmen Bulgariens.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die vom IWF geforderten Preiserhöhungen für Strom (29,52%) und für Wärmeenergie (11,7%) seit Mitte des Jahres zu einer besonderen Problematik. Die bereits fällige Auszahlung der Kredittranche in Höhe von 32 Mio. US-Dollar im Rahmen des 300-Millionen-Kredits wurde vom IWF so lange zurückgehalten, bis die Regierung mit der geforderten Preispolitik einverstanden war: »However, the Fund put the second loan disbursement on hold until the government fulfilled its commitment to bring energy prices in line with power production costs and announced a schedule of power price hikes of up to 50% over the next three years. The price increase is also part of Bulgaria's negotiations for membership in the European Union, which it hopes to join in 2007.«<sup>56</sup>

Zurückhalten der Kredittranche von 32 Mio. US-Dollar

Hier stellt sich nicht allein die Frage, ob diese Preiserhöhungen ökologisch sinnvoll sind, weil sie zum Energiesparen anregen könnten, oder ob sie ökonomisch notwendig erscheinen, um die Energiepreise längerfristig auf das Weltmarktniveau anzuheben.<sup>57</sup> Es stellt sich gleichermaßen die Frage, ob sie in dieser schroffen Form nicht eher zur Schwächung des Binnenmarktes beitragen, weil sie die bulgarische Bevölkerung zu einer zusätzlichen Konsumzurückhaltung zwingen. Es ist daran zu erinnern, daß das Durchschnittseinkommen eines bulgarischen Haushaltes im Juni 2002 bei 172 US-Dollar lag. Prognosen zufolge werden sich in diesem Winter die Heizkosten für eine Wohnung von 45 qm auf ca. 26 US-Dollar monatlich belaufen.<sup>58</sup>

Energiepreiserhöhung ökonomisch notwendig?

Die von der Regierung angekündigten finanziellen Beihilfen für sozial schwache Schichten dürften die eigentlich Bedürftigen kaum erreichen. So haben sich schon in den vergangenen Wintermonaten zahlreiche Haushalte von der Zentralen Wärmeversorgung abgemeldet, weil sie die Stromrechnung nicht mehr bezahlen konnten. Ein noch extremeres Bild bot im Februar dieses Jahres die Roma-Bevölkerung in Plovdiv, wo infolge unbezahlter Rechnungen ein ganzes Viertel kurzerhand von der Stromversorgung abgeschnitten wurde. Hier mischt sich die prekäre soziale Lage mit vorhandenen interethnischen Spannungen, die sich schon heute gewalttätig entladen.<sup>59</sup>

Beihilfen für Bedürftige

Unter welchem politischen Druck die Regierung wegen der Preiserhöhungen stand, schilderte der Generalsekretär der NBS II, Veselin Bliznakov, in einem Interview: »Glauben Sie mir, daß wir wegen jeder Preiserhöhung mit dem Internationalen Währungsfonds einen Kampf ausfechten. Sie

Eine bulgarische Regierung ohne Macht

<sup>56</sup> IMF Approves \$ 32 M Bulgaria Loan after Energy Price Hike, in: Dow Jones Newswires, 23.7.2002, vgl. News & Media, unter <<http://www.online.bg/ASP/news2.asp>>.

<sup>57</sup> Cenovoto prisposobjavane – neizbežno, neobhodimo i bolezneno [Die Anpassung der Preise – unausweichlich, notwendig und sinnvoll], in: Pari (Sofia), 30.7.2002.

<sup>58</sup> Šok s toka in parnoto [Ein Schock mit dem Strom und der Heizung], in: Standart (Sofia), 1.7.2002.

<sup>59</sup> Romite: Iskame tok! Inače »Stolipinovo« stava Kosovo [Die Roma: Wir wollen Strom! Andernfalls wird »Stolipinovo« zum Kosovo], in: v. Sega (Sofia), 21.2.2002.

zwingen uns, die Preise auf das europäische Niveau anzuheben. Wenn wir ihnen aber sagen, daß unsere Löhne zu niedrig sind, antworten sie: »Das ist Euer Problem.« Fast jeden Monat stellen sie uns ein Ultimatum wegen der Energiepreise. Wenn der Ministerpräsident sagt: »Bulgarien ist ein souveränes Land, wir werden die Energiepreise nicht erhöhen«, droht uns der IWF damit, die Kredite zu sperren und uns auf diese Weise noch weiter von der EU zu entfernen.«<sup>60</sup> Selbst wenn man berücksichtigt, daß dieses Zitat eine einseitige Darstellung der Regierungsposition ist, kommt hier doch unzweifelhaft die enorme Abhängigkeit vom Wohlwollen der Kreditgeber zum Ausdruck. In den Augen der bulgarischen Öffentlichkeit schwindet dadurch die politische Legitimität der gewählten Regierung, vor allem dann, wenn selbst Abgeordnete des bulgarischen Parlaments in konkreten Verhandlungen mit dem IWF dessen Positionen übernehmen, statt der eigenen Regierung den Rücken zu stärken.<sup>61</sup>

Verhandlungen mit dem IWF über Mindestlöhne

Was für die Energiepreise gilt, trifft auch für die Mindestlöhne zu, über die der IWF mit der bulgarischen Regierung alljährlich verhandelt. Schon im Jahre 2001 konnte die IWF-Mission in Bulgarien gegen den Widerstand der konservativen UDK-Regierung durchsetzen, daß der Mindestlohn auf einem niedrigen Niveau von 85 Lev verbleibt. Zum Vergleich sei gesagt, daß das Existenzminimum damals schon bei 100 Lev bzw. D-Mark monatlich lag.<sup>62</sup> Auch in diesem Jahr äußerte sich die Leiterin der IWF-Mission in Bulgarien, Piritta Sorsa, zu einer Anhebung der Mindestlöhne skeptisch. In einem Interview mit dem Radiosender Darik sagte sie auf die Frage hin, ob es einen Lohnanstieg über die Inflation hinaus geben werde: »Die Erhöhung der Löhne und Renten hängt vom Staatshaushalt ab. So wie die Lage aussieht, gab es im diesjährigen Haushalt gewaltige Ausgaben. Wir müssen erst das Ende des Jahres abwarten, doch wie es aussieht, wird es sehr wahrscheinlich keine solche Erhöhungen geben.«<sup>63</sup>

**60** Bseki mesec MVF ni postavlja ultimatumi [Jeden Monat stellt uns der IWF ein Ultimatum], in: Duma (Sofia), 10.5.2002.

**61** Deputatite izdāniha pravitelstvoto pred misijata na fonda [Die Abgeordneten fielen der Regierung vor der Vertretung des IWF in den Rücken], in: Bankār (Sofia), 11.5.2002.

**62** Pone 100 lv. trjabvat na bālgarina za oceljavane [Etwa 100 Lev braucht der Bulgare zum Überleben], in: Duma (Sofia), 24.4.2001.

**63** Piritā Sorsa – Stif Hanke – Komentar, in: Radio Darik (Sofia), 6.6.2002.

## Perspektiven einer EU-Integration Bulgariens

An der Perspektive einer EU-Integration Bulgariens kann heute aus normativer Sicht kein Zweifel bestehen. Denn sie wurde sowohl in dem EU-Assoziierungsabkommen vertraglich festgeschrieben wie auch in den jährlichen Beitrittspartnerschaftsabkommen mit der Europäischen Kommission.<sup>64</sup> Doch wird Bulgarien nach dem jüngsten Strategiepapier der EU-Kommission vom 9. Oktober 2002 nicht bei der ersten Beitrittswelle im Jahre 2004 dabei sein, sondern frühestens 2007 EU-Mitglied werden. Daran ändert auch die Feststellung der Kommission nichts, »Bulgarien ist eine funktionierende Marktwirtschaft«.<sup>65</sup> Denn in ihrem Bericht hebt sie hervor: »Jetzt wird es erhebliche Anstrengungen erfordern, die Reformen weiterzuentwickeln und durchzuführen und eine effiziente, transparente und kontrollierbare öffentliche Verwaltung zu gewährleisten.«<sup>66</sup>

Fortschrittsberichte der EU-Kommission

Wie im vorangegangenen Kapitel aufgezeigt, sind der bulgarischen Politik angesichts der vom IWF aufgestellten Konditionalitäten für die Kreditvergabe alle Hände gebunden. Die geforderte strikte Begrenzung des Budgetdefizits verbietet der Regierung jegliche staatliche Investitionstätigkeit zum Aufbau einer funktionierenden Verwaltung. Allein im Haushaltsjahr 2000 mußten aus Spargründen 60 000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, das heißt 12,5% des beschäftigten Personals entlassen werden. Dies ist keineswegs einer überkommenen Bürokratie aus sozialistischen Zeiten geschuldet, denn dem bulgarischen Staat stehen heute nur 403 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung (für das Jahr 2000) oder 13% dessen zur Verfügung, was allein der deutsche Bundeshaushalt für die öffentliche Verwaltung ausgibt.<sup>67</sup>

Was also, kurz gesagt, in den aktuellen Diskussionen um die EU-Integration Bulgariens auffällt, ist ein eklatanter Widerspruch zwischen den Positionen der EU-Kommission und den Reformkonzepten der internationalen Finanzinstitutionen: Während die EU zum Aufbau rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen auf die primäre Verantwortung der Politik verweist, schränken die Vertreter des IWF den Handlungsradius der bulgarischen Politik entscheidend ein. Angesichts der enormen Druckposition der Finanzinstitutionen ist festzuhalten, daß Bulgarien über den von der EU erwarteten Einsatz politischer Instrumente auf dem Weg zur Mitgliedschaft nicht mehr allein entscheiden kann. Um so wichtiger wird

Widerspruch zwischen EU-Positionen und IWF

<sup>64</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Regelmäßiger Bericht 2001 über die Fortschritte Bulgariens auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 13.11.2001, SEK (2001) 1744, unter <[http://europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/bg\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/enlargement/report2001/bg_de.pdf)>; die Beitrittspartnerschaft der EU mit Bulgarien unter <<http://europa.eu.int/comm/enlargement/bulgaria/index.htm>>.

<sup>65</sup> Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 9.10.2002, insbes. S. 42, unter <http://europa.eu.int/comm/enlargement/report2002/>.

<sup>66</sup> Ebd., S. 41.

<sup>67</sup> Riedel, Das politische System Bulgariens, S. 575.

die Frage, ob das System des *currency board* früher oder später tatsächlich automatisch zum Beitritt führt? Davon ist die bulgarische Öffentlichkeit jedenfalls fest überzeugt. Doch was passiert im Falle eines Andauerns oder gar einer Verschärfung der wirtschaftlichen Krise? Wie wirkt sich eine Aufnahme Bulgariens in die EU nach dem Jahr 2004 auf das Funktionieren des *currency board* aus? Und wie sind schließlich die Interessen der EU zu bewerten, die um die Stabilität des Euro bemüht sein muß? Befürworten Finanzexperten in der EU überhaupt einen Automatismus vom *currency board* zum Euro?

### Szenario eines möglichen Scheiterns des *currency board*

Mängel des *currency board*

Als unstrittig gilt wohl mittlerweile unter Experten die Feststellung, daß das *currency board* neben den Vorteilen der Stabilisierung des Finanzsystems auch eine Reihe negativer Folgen für die Ökonomie und soziale Lage der Gesamtbevölkerung nach sich zieht.<sup>68</sup> Die Befürworter dieser Maßnahme gehen allerdings von einer Kausalität aus, wonach der vorübergehende Lohn- und Konsumverzicht zwar keine hinreichende, so doch zumindest eine notwendige Bedingung für das angestrebte Wirtschaftswachstum sei. Kritische Stimmen dagegen verweisen nicht nur darauf, daß die gegen Null tendierende staatliche Investitionstätigkeit in Verbindung mit der allgemeinen Konsumschwäche auf Dauer kein reales Wachstum begründen kann. Sie warnen vor allem vor den enormen Risiken im Falle eines Scheiterns des *currency board*.

Wahrscheinlichkeit für einen Wirtschaftskollaps

Gesetzt den Fall, daß die derzeit angewendeten Stabilisierungsmaßnahmen des IWF bald nicht mehr greifen, droht Bulgarien womöglich ein ähnliches Schicksal wie Argentinien: Eine sich zuspitzende Wirtschaftskrise würde das Land in eine Abwärtsspirale hineinziehen und anomische Verhältnisse induzieren, die möglicherweise zu einem überstürzten Ausstieg aus dem Währungsrat führen. Wahrscheinlich würde der IWF nach dem Beispiel Argentinien dann auch Bulgarien mit einer Kreditsperre belegen. Die Folgen wären katastrophal: Ein wirtschaftlicher Kollaps würde zu einer dauerhaften Kapitalflucht führen, so daß schließlich auch für Bulgarien die Einschätzung zutreffen könnte: »Das argentinische ›currency board‹ hat daher wahrscheinlich langfristig mehr Vertrauen zerstört als die Inflation der 80er Jahre. Die Rückkehr zu einer glaubwürdigen Geldpolitik ist kurz- und mittelfristig nicht realistisch.«<sup>69</sup>

Gefahr einer Argentinischen Krise?

Über das Schicksal des lateinamerikanischen Schwellenlandes wurde deshalb in der bulgarischen Öffentlichkeit Anfang des Jahres kontrovers diskutiert: Im Gegensatz zu ausländischen Experten, die momentan keine Ansteckungsgefahr sehen,<sup>70</sup> überwiegen in Bulgarien doch eher die skept-

<sup>68</sup> IMF: Poverty Torments Bulgarians, in: Standartnews (Sofia), 7.8.2002.

<sup>69</sup> Heribert Dieter, Nach den Finanzkrisen. Die ordnungspolitische Gestaltung der Globalisierung, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2002 (S 16/02), S. 25.

<sup>70</sup> Bulgarien im Sog der argentinischen Krise? Keine Ansteckung trotz gleicher Währungsordnung, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.12.2001, S. 10.

tischen Stimmen, auch wenn die Begründungen hierfür unterschiedlich ausfallen: Der frühere Finanzminister und Vizepremier der konservativen UDK-Regierung, Petăr Žotev, warnte in einem Interview davor, daß selbst ein geringes Abweichen vom wirtschaftspolitischen Kurs des IWF eine argentinische Krise in Bulgarien auslösen könnte.<sup>71</sup> Der Vorsitzende der Eurolinken (Evrolevica), Aleksandăr Tomov, wie auch der neue Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Sergej Stanišev, verlangen dagegen von der Regierung konkrete Maßnahmen gegen die wachsende soziale Not, um einer solchen Entwicklung rechtzeitig vorzubeugen.<sup>72</sup> Inwieweit diese allerdings von den Vereinbarungen der Regierung mit dem IWF abweichen könnten oder sollten, traut sich kein Oppositionspolitiker offen auszusprechen.

Realistisch betrachtet, bedarf es aber nicht erst eines Scheiterns des Systems des *currency board*, um Bulgarien weiter zu destabilisieren. Eine politische Krise könnte bereits das aktuelle gesellschaftliche Gleichgewicht empfindlich stören. Nach Meinung des Sonderkoordinators des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Erhard Busek, würde eine Regierungskrise in einem Balkanland genügen, um die gesamte Region schwer zu belasten. In einem Interview mit der Deutschen Welle anlässlich des dreijährigen Bestehens des Stabilitätspakts sagte er: »Zunächst einmal ist da ein Problem, das er [der Stabilitätspakt, S.R.] nur mäßig beeinflussen kann, nämlich die Stabilität selber. Jede kleine Regierungskrise oder jede größere Konflikt, wie etwa der in Mazedonien, ist eine Belastung für die gesamte Region.«<sup>73</sup>

In diesem Sinne ist die wirtschaftliche Konsolidierung Bulgariens das eine Problem, ein anderes, welche Auswirkungen eine mögliche »argentinische Krise« in diesem Balkanland für die Region Südosteuropa hätte. Bulgarien teilt eine gemeinsame Grenze mit dem EU-Mitglied Griechenland, das sich bereits der Flüchtlingsströme aus dem nördlich gelegenen Albanien und der Republik Makedonien zu erwehren sucht. Es wäre dann ganz von politisch und wirtschaftlich labilen Staaten umgeben, unabhängig davon, ob man die Türkei nun dazu rechnet oder nicht. Ein Band sogenannter »failed states« zöge sich dann von Bosnien-Herzegowina angefangen über das Kosovo, Albanien, die Republik Makedonien und Bulgarien bis zur türkischen Grenze. Welche Sogwirkung eine Destabilisierung Bulgariens auf die unmittelbaren Nachbarländer ausüben könnte, ist gar nicht vorherzusehen. Auf jeden Fall aber wären sämtliche Anstrengungen des Stabilitätspakts für Südosteuropa damit zum Scheitern verurteilt.

Busek: Regierungskrise wäre große Belastung

Mögliche Auswirkungen auf Südosteuropa

Menschenschmuggel und Geldwäsche

71 Petăr Žotev – ikonomičeska politika – komentar [Petăr Žotev – Wirtschaftspolitik – Kommentar], in: Svobodna Evropa [Radio Freies Europa] (Sofia), 6.3.2002.

72 Aleksandăr Tomov ni plaši s Aržentina [Aleksandăr Tomov droht uns mit Argentinien], in: Novinar, Sofia, 22.2.2002; vgl. auch Bălgarija e v okoto na uragana [Bulgarien befindet sich im Auge des Hurrican], in: Monitor (Sofia), 25.2.2002.

73 Ein Koordinationsprozess ohne Einfluss auf die Stabilität? – Drei Jahre nach Unterzeichnung des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, in: Deutsche Welle Monitor Ost-/Südosteuropa, (30.7.2002) 143.

Wie groß die Schwierigkeiten schon heute sind, die Region Südosteuropa einigermaßen zu stabilisieren, zeigt ein BBC-Interview mit dem bulgarischen Finanzminister Milen Velčev: Auf einem Treffen mit neun Amtskollegen, das am 26. März 2002 in Belgrad zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stattfand, hob er hervor, daß der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und die Geldwäsche oberste Priorität habe. »Montenegro wird nicht ohne Grund als ein Paradies der Schmugglerbanden bezeichnet, die mit allem handeln – von Zigaretten bis hin zu Autos. Serbien hat besonders große Probleme als Transitland für den Menschenschmuggel, einschließlich von Prostituierten. Neuesten Berichten zufolge werden einige politische wie wirtschaftliche Strukturen Serbiens von der organisierten Kriminalität beherrscht [...] gleiches gilt für Makedonien.«<sup>74</sup> Diese Aussage wird nicht nur von zahlreichen Berichten der Deutsche Welle über Mädchenhandel in Albanien sowie über Waffen- und Drogenschmuggel in Jugoslawien bestätigt.<sup>75</sup> Hierzu passen ebenso Angaben, wonach 40–50% der Firmen des bulgarischen Auslands- und Inlandstransports zur Schattenwirtschaft gehören, illegal arbeiten und keine Steuern bezahlen.<sup>76</sup>

Wirtschaftskriminalität von globaler Dimension

Bestätigt wurden diese Äußerungen nicht zuletzt auch vom Sonderkoordinator des Stabilitätspakts. Auf einem Forum der Europäischen Volkspartei (EVP) am 13. April 2002 sagte Erhard Busek in der griechischen Hafenstadt Thessaloniki: »Der Balkan ist eine Drehscheibe der internationalen Kriminalität, des Terrorismus und des Waffenhandels.« Deshalb seien die Balkanländer auch künftig für die internationale Sicherheit von größter Bedeutung und bedürften einer besonderen Unterstützung durch die EU und die USA.<sup>77</sup>

### Der IWF: Euroisierung als Exit-Option aus dem *currency board*

Das *currency board* gerät in die Kritik

Während die IWF-Mission in Bulgarien die beschriebenen negativen Folgen des *currency board* bisher stets als notwendiges Übel betrachtete und ihre Reformstrategie daher nie zur Diskussion stellte, hat die NGO »Sum 12 Minus 5« Anfang dieses Jahres eine öffentliche Debatte darüber angestoßen. An dem Runden Tisch unter dem Motto »Pros and Cons of the *currency board* in Bulgaria« nahmen zahlreiche Persönlichkeiten aus Kultur,

<sup>74</sup> Jugoiztočna Evropa – finansovi ministri – forum [Südosteuropa – Finanzminister – Forum], in: BBC, 26.3.2002.

<sup>75</sup> Armut in Albanien begünstigt den Handel mit Frauen – Frauenaktivistin spricht von einer Viertelmillion zur Prostitution gezwungener Mädchen und Frauen, in: Deutsche Welle, Monitor Ost-/Südosteuropa, 6.8.2002; Menschenhandel als Lebensunterhalt – Im Süden Albaniens ist das Schleusen von Flüchtlingen über die Adria zum Wirtschaftszweig geworden, ebd., 1.8.2002, sowie: Frauenhandel in Jugoslawien – DW-Interview mit einer Aktivistin der Nichtregierungsorganisation ASTRA, ebd., 2.8.2002.

<sup>76</sup> Bulgarien: 50 Prozent der Transportunternehmen in der Schattenwirtschaft, in: Bulgarisches Wirtschaftsblatt, August 2002.

<sup>77</sup> Erhard Busek: Balkanite sa krästopät za međunarodnata prestäpnost [Erhard Busek: Der Balkan ist eine Drehscheibe der internationalen Kriminalität], Dnevnik (Sofia), 13.4.2002.



Wissenschaft und Finanzkreisen teil.<sup>78</sup> Seit dieser Zeit hat dieses Thema nicht nur an Bedeutung gewonnen, sondern mittlerweile auch angesehene Finanzexperten auf den Plan gerufen. So organisierte das »Kokalis Programme for Central and Southeast Europe« von der Harvard University am 15. Juli 2002 eine Konferenz in Sofia zum Thema »Bulgaria in Europe«, auf der heftig über die Risiken des *currency board* gestritten wurde. Der per Videokamera zugeschaltete Ökonom Jeffrey Sachs hielt den Ausbruch einer Argentinischen Krise in Bulgarien für recht unwahrscheinlich, doch riet er dazu, von diesem Beispiel zu lernen: »[...] but the lesson, that Bulgaria must learn is that even a currency board system can have a lack of confidence.« Deshalb sei es notwendig, daß Bulgarien, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds über verschiedene Exit-Strategien aus dem *currency board* diskutieren. Eine Möglichkeit wäre die »Euroisierung«, das heißt der Verzicht Bulgariens auf eine eigene Währung und die Einführung des Euro noch vor dem eigentlichen EU-Beitritt.<sup>79</sup>

Auch der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 2001, Joseph Stiglitz, meldete sich zu Wort. Seiner Meinung zufolge wäre ein baldiger EU-Beitritt Bulgariens eine mögliche Exit-Strategie aus dem *currency board* mit voraussichtlich gutem Ausgang, weil der Euro dann in absehbarer Zeit auch in Bulgarien offizielles Zahlungsmittel werde. Doch falls der Beitrittsprozeß länger dauere als erwartet, wäre die Euroisierung schon vor dem Beitritt als Exit-Strategie äußerst zweifelhaft. Zunächst müßten ein stärkeres Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung durch eine entsprechende politische Rahmensetzung angestoßen werden.<sup>80</sup> Stiglitz war Berater des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und bis zum Jahre 1999 Senior Vice President und Chief Economist der Weltbank. Wegen seiner Kritik an den Reformstrategien der Internationalen Finanzinstitutionen für die Transformationsstaaten wurde er aus den Gremien der Weltbank entlassen.<sup>81</sup>

So war zu erwarten, daß die IWF-Mission in Bulgarien den Argumenten des Nobelpreisträgers zwar Beachtung schenkte, doch als Antwort auf die kritischen Stimmen zum *currency board* stärker die Idee einer Euroisierung Bulgariens aufgriff. Als Vorteile einer frühzeitigen Einführung des Euro als Zahlungsmittel in Bulgarien, nennt die Leiterin der IWF-Mission, Piritta Sorsa, in ihrem jüngsten Papier »a solid anchor of inflation«, »lower transaction costs« und »a stronger guarantee for stability than the currency board«.<sup>82</sup> In dieser Strategie sieht sie den entscheidenden Unterschied zu Argentinien, so daß sie ein Scheitern des Währungsrats für unwahrschein-

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz in Bulgarien

IWF: Euroisierung als mögliche Exit-Strategie

<sup>78</sup> Economists Discuss Currency Board in Bulgaria, in: Banker (Sofia), 19.1.2002.

<sup>79</sup> Sachs Suggests Euro Adoption as Exit-Strategy from Currency Board, in: Novinite.com (Sofia), 16.7.2002.

<sup>80</sup> Currency Board Is One of Bulgaria's Gravest Problems, Stiglitz Says, in: Newsday, 17.7.2002, vgl. News & Media, unter <<http://www.online.bg/ASP/news2.asp>>.

<sup>81</sup> Joseph E. Stiglitz, Whither Reform? Ten Years of the Transition, World Bank Annual Bank Conference on Development Economics, Washington, D.C., 28–30 April 1999, unter <<http://www.worldbank.org/research/abcde/pdfs/stiglitz.pdf>>.

<sup>82</sup> Piritta Sorsa, Euroization, Exit Strategies and Recent Critique of the IMF, 12.8.2002, unter <<http://www.imf.org/external/country/bgr/rr/081202.pdf>>.

Erfahrungen aus der Dollarisierung

lich hält und die Diskussion über einen baldigen Ausstieg in Form eines freien Wechselkurses für den bulgarischen Lev als unbegründet zurückwies. Doch geht Piritta Sorsa bei ihren Einschätzungen von der sehr optimistischen Annahme aus, daß Bulgarien bereits in vier Jahren, also voraussichtlich schon im Jahre 2006 der EU beitreten könnte.

Der Gedanke der Euroisierung ist von Wissenschaftlern wie Jeffrey Sachs unter anderem in Anlehnung an die Erfahrungen mit der Dollarisierung lateinamerikanischer Länder aufgegriffen worden. Dort waren in den 70er und 80er Jahren »bereits mehrere sowohl orthodoxe (mit einer festen Wechselkursanbindung versehene) Stabilisierungsprogramme [durch Einführung eines *currency board*, S.R.] als auch heterodoxe (mit Lohn- und Preisstops ausgestattete) Stabilisierungsprogramme gescheitert.«<sup>83</sup> Eine stufenweise Dollarisierung über den US-Dollar als Ankerwährung wie zum Beispiel in Argentinien bis hin zur Einführung des Dollar als Zahlungsmittel wie in Ecuador weckte Hoffnungen auf eine Überwindung der andauernden Wirtschafts- und Finanzkrisen. Diesen Beispielen folgend, empfehlen heute auch verschiedene Wissenschaftler in Europa für die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer den Euro als Ankerwährung oder eben eine Euroisierung im Sinne seiner vorzeitigen Einführung.

Die Euroisierung hat bereits begonnen

Neben den 12 EU-Mitgliedstaaten, die den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt haben, gehören noch die drei EU-Mitglieder Großbritannien, Dänemark und Schweden zum Europäischen Währungssystem, allerdings mit ihrer eigenen nationalen Währung. Zahlungsmittel ist der Euro dagegen schon in den französischen Überseegebieten, in Monaco, San Marino und im Vatikanstaat. Für eine Wechselkursanbindung an den Euro haben sich nicht nur die drei Beitrittskandidaten Estland, Litauen und Bulgarien im Rahmen eines *currency-board*-Systems entschlossen, sondern auch 16 afrikanische Entwicklungsländer. Andorra, das Kosovo, Montenegro und die Republik Makedonien haben dagegen unilateral den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt und somit den Weg einer Euroisierung beschritten.

Befürworter einer Euroisierung

### Gefährdet eine Euroisierung der EU-Beitrittsländer den Euro?

Eine Reihe von Wissenschaftlern aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sieht ebenfalls große Vorteile in einer Einführung des Euro noch vor dem eigentlichen EU-Beitritt. So empfiehlt Jacek Rostowski von der Central European University in Budapest der EU in Verbindung mit einer Änderung der Maastrichter Kriterien, eine einseitige Euroisierung der Beitrittsländer zu unterstützen.<sup>84</sup> Deutsche Befürworter einer Euroisierung plädieren jedoch für eine differenzierte Anwendung dieser Strategie. Rainer Schweickert vom Kieler Institut für Weltwirtschaft zum Beispiel versteht unter diesem Begriff zunächst nur die Einführung des Euro als

<sup>83</sup> Thorsten Rülle, Währungspolitik in Lateinamerika: Bleibt am Ende nur der Dollar?, in: Dresdner Bank Lateinamerika AG, Miami Agency, November 2000, S. 2.

<sup>84</sup> Jacek Rostowski, Unilateral Euroization in Central and Eastern Europe – Why the EU Should Support It, in: Wirtschaftspolitische Blätter (Wien), (2001) 5.

Ankerwährung in Mittel- und Osteuropa. Hierüber schreibt er in seiner jüngsten Studie: »Die zunehmende Euroisierung dieser Länder kann also kaum eine Schwächung des Euro mit sich bringen, wenn krisenhafte Entwicklungen vermieden werden können. Wenn überhaupt, so liegen die Risiken im Übergangsprozeß zur Währungsunion.«<sup>85</sup> Um etwaige Risiken von Anpassungskrisen zu vermeiden, befürwortet er jedoch nicht eine Veränderung der Maastrichtkriterien, sondern die Einführung zusätzlicher Kriterien zur Erfassung der Konvergenzfortschritte in bezug auf den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen sowie funktionierender Finanzmärkte. Eines kommt in dieser Studie deutlich zum Vorschein: Auch der Euro kann durch mögliche Anpassungskrisen im Verlauf einer Euroisierung der Beitrittskandidaten an Stabilität einbüßen.

Andere Stimmen dagegen warnen mit Nachdruck vor den Risiken einer vorzeitigen Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern, also auch in Bulgarien. Der Volkswirtschaftler Peter Bofinger von der Universität Würzburg erinnert in einem Artikel der *Financial Times Deutschland* daran, wie der Weg in die Europäische Währungsunion bisher geplant ist: Mit ihrer Aufnahme in die EU sind die Beitrittskandidaten zwar schon Teilnehmer am Wirtschafts- und Währungssystem der EU, doch müssen sie bis zu ihrem Eintritt in die Währungsunion zunächst zwei Jahre erfolgreich am Europäischen Wechselkursmechanismus (ERM2) teilnehmen: »In dieser Zeit müssen sie den Wechselkurs ihrer Währung in einem Band von Plus und Minus 15 Prozent um eine feste Euro-Parität halten. Erst innerhalb dieses weiten Korridors sind nun sehr unterschiedliche Pfade zum Euro möglich.«<sup>86</sup> Eine Änderung dieses Fahrplans wäre mit großen Risiken verbunden, die im Falle eines Scheiterns sogar die Mitgliedschaft selbst aufs Spiel setzten, weil nämlich »eine gescheiterte Euroisierung einen sehr viel größeren Flurschaden hinterlassen« werde als eine vorübergehende Währungskrise.

Ebenso deutlich äußerte sich erst vor kurzem die Deutsche Bundesbank zum Thema einer Euroisierung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften. Die Erfahrungen Argentiniens hätten gezeigt, wie sehr der Wunsch nach einer Stabilisierung mittels eines *currency board* und die Wirklichkeit auseinanderklaffen könnten. Ein Überspringen der zweijährigen Anwartschaft auf die Währungsunion durch unilaterale Einführung des Euro würde nicht nur den Verträgen widersprechen, sondern könnte auch zu einer Belastung des Euro werden.<sup>87</sup> In diesem Sinne warnte die Europäische Zentralbank Bulgarien vor einem solchen Schritt. Vertreter

Risiken für die Beitrittsländer und den Euro

<sup>85</sup> Rainer Schweickert, *Der Euro als Ankerwährung. Die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer zwischen Transformation und Integration*, Berlin: Springer, 2001 (Kieler Studien 312).

<sup>86</sup> Peter Bofinger, *Kommentar: Euro als Fernziel! Die EU-Beitrittskandidaten sollten der Versuchung widerstehen und eine frühzeitige »Euroisierung« vermeiden. Sonst drohen ihnen Finanzkrisen, die niemand mehr kontrollieren kann*, in: *Financial Times Deutschland*, 12.9.2001.

<sup>87</sup> Bundesbank besteht auf EWU-Anwärter-Test. »Beachtliches Maß an Wechselkursflexibilität gewährleisten« – Festkurssysteme nur in Ausnahmen erfolgreich, in: *Börsen-Zeitung*, 18.6.2002.

der Bulgarischen Nationalbank, zum Beispiel der stellvertretende Vorsitzende Božidar Kabakčiev, versuchen schon seit Anfang des Jahres 2000, die EBZ in dieser Frage umzustimmen, bislang jedoch ohne Erfolg. So hoffen BNB und bulgarische Regierung darauf, den EU-Beitritt mit dem System des *currency board* zu erreichen und es erst mit der Einführung des Euro aufgeben zu müssen.<sup>88</sup> Doch muß bezweifelt werden, daß diese Wünsche in Erfüllung gehen, denn die EBZ steht bislang nicht nur einer vorzeitigen Euroisierung mit großer Skepsis gegenüber, sondern sie besteht auch in den Verhandlungen mit der bulgarischen Regierung auf einer Aufhebung des *currency board* noch vor dem EU-Beitritt Bulgariens.<sup>89</sup>

Europäische Zentralbank lehnt Euroisierung ab

Somit basieren die vorgestellten Strategien der IWF-Mission in Bulgarien auf unrealistischen Annahmen: Weder ist mit einem Beitritt Bulgariens bereits im Jahre 2006 zu rechnen, schon gar nicht mit einem *currency board*, noch gibt es derzeit wirklich eine Exit-Strategie über den Weg einer Euroisierung. Was Bulgarien tatsächlich bleibt, ist höchstens ein Währungsmodell zwischen dem festen Wechselkurs mittels *currency board* und einem freien Wechselkurs des Lev, eine Strategie, welche neuerdings vom Development Centre der OECD empfohlen wird. Ein solches »Intermediäres Regime« wäre zum Beispiel »die Verbindung von umfassenden Kapitalverkehrskontrollen und festem Wechselkurs«, die China in den letzten fünf Jahren eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht hat.<sup>90</sup> Doch auch ein solches Modell ist für den bulgarischen Fall ungeeignet, weil die Maastrichter Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft gerade einen freien Kapitalverkehr voraussetzen. In diesem Zusammenhang stellte der Bundesverband deutscher Banken fest: »Neben dem Umstand, dass freie Kapitalmärkte eine Voraussetzung für den EU-Beitritt sind, wäre eine Finanzierung des wirtschaftlichen Aufholprozesses ohne den freien Kapitalmarkt über die Grenzen nicht zu erwarten.«<sup>91</sup>

Der Vorteil eines flexiblen Wechselkurses

Hält man sich angesichts dieser Realitäten noch einmal den Rat des Ökonomen Jeffrey Sachs vor Augen, daß Bulgarien, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds schon heute über verschiedene Exit-Strategien aus dem *currency board* nachdenken sollten, bleibt eigentlich nur noch eine einzige Strategie übrig, nämlich die baldige Wiedereinführung eines flexiblen Wechselkurses im Vorfeld des EU-Beitritts. Wie im folgenden gezeigt wird, eröffnet ein solcher Schritt neue Gestaltungsräume für die bulgarische Wirtschafts- und Sozialpolitik.

<sup>88</sup> The Currency Board Arrangement Remains Even after Bulgaria's Accession to the EU, in: Banker Newspaper, issue 21/29 May-4 June 2000, unter <www.bnb.bg>.

<sup>89</sup> Razkol v BNB za borda [Ärger in der Bulgarischen Nationalbank wegen des *currency board*], in: Monitor (Sofia), 10.5.2000.

<sup>90</sup> Heribert Dieter, Währungsregime auf dem Prüfstand. Hören Sie nicht auf den IWF!, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit, 43 (Juni 2002) 6, S. 187-189 (188).

<sup>91</sup> Bundesverband deutscher Banken (Hg.), Argumente zum Finanzmarkt. Stabile Kapitalströme in die EU-Beitrittsländer, Berlin, Juli 2001, S. 4.

## Neue Gestaltungsräume für die Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wie dargelegt, steht die bulgarische Regierung unter Simeon Sakskoburgotski heute vor der Alternative, sich entweder mit dem Souveränitätsverzicht auf eine eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik und den Auflagen des IWF abzufinden oder aber durch eine gut durchdachte Exit-Strategie aus dem *currency board* Gestaltungsräume für die Entwicklung eines Binnenmarktes zurückzugewinnen. Den EU-Mitgliedstaaten, die sich vertraglich zu einer Unterstützung Bulgariens auf dem Weg in die EU-Mitgliedschaft verpflichtet haben, kann es nicht gleichgültig sein, für welchen Weg sich Sofia entscheidet: Denn wie ausgeführt, birgt das *currency board* für die bulgarische Wirtschaft trotz einer anfänglichen Stabilisierung enorme Risiken. Vor allem aber erweist es sich als größtes Hindernis für einen Beitritt zur Währungsunion. Da die Europäische Zentralbank aus Gründen der Stabilität des Euro die Möglichkeit eine Euroisierung ablehnt, muß es in ihrem ureigensten Interesse liegen, Bulgarien bei der Rückgewinnung seiner staatlicher Souveränität zu unterstützen. Hierzu dienen die folgenden Vorschläge an die Adresse der europäischen und deutschen Politik:

1. Obwohl die Chefunterhändlerin der bulgarischen Regierung für den EU-Beitritt, Meglena Kuneva, noch Anfang Mai 2002 davon ausging, daß ihr Land bei der ersten Beitrittswelle im Jahre 2003 dabei sein werde,<sup>92</sup> ist in den letzten Monaten deutlich geworden, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann. In den kommenden Verhandlungsrunden muß daher die Gefahr einer Argentinischen Krise in Bulgarien genau abgeschätzt werden. Denn nur eine rechtzeitige Berücksichtigung der Erfahrungen Lateinamerikas mit dem *currency board* wird Schlimmeres vermeiden können.

Gefahren abschätzen

2. Wenn die Europäische Zentralbank eine Euroisierung als Exit-Strategie aus dem Währungsrat noch vor dem eigentlichen EU-Beitritt Bulgariens ablehnt, sollte sie diese Entscheidung stärker in die bulgarische Öffentlichkeit hineintragen. Diese Maßnahme ist um so wichtiger, als sich in der Bevölkerung der Glaube durchgesetzt hat, es gäbe einen Automatismus vom *currency board* zum Euro. Die EBZ sollte darüber hinaus auch das direkte Gespräch mit der IWF-Mission in Bulgarien suchen, um für ihre Positionen um Verständnis zu werben.

Positionsbestimmung der EBZ in Bulgarien

3. Sollte sich die bulgarische Regierung für einen Ausstieg aus dem *currency board* entscheiden, wäre sie auf die Unterstützung der EBZ oder der Deutschen Bundesbank angewiesen. Darüber hinaus wäre es aber notwendig, daß sich die europäischen Vertreter im IWF nach Rücksprache mit der bulgarischen Regierung auf eine Exit-Strategie einigen und diese gemeinsam im Direktorium zugunsten ihres Beitrittskandidaten durchsetzen.

Exitstrategien brauchen die Hilfe von IWF und EBZ

4. Eine Exit-Strategie aus dem *currency board* sollte dem Wirtschaftswachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze oberste Priorität einräumen. Der Aufbau eines funktionierenden Binnenmarktes muß das Ziel sein; ohne Binnenmarkt ist keine Kompatibilität zum Weltmarkt herzustellen.

Konditionalitäten im IWF ändern

<sup>92</sup> »Verhandlungen bis Ende 2003 abgeschlossen«. Fragen an Meglena Kuneva, die stellvertretende Außenministerin Bulgariens und Chefunterhändlerin für den EU-Beitritt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.5.2002.

- len. Das bedeutet, daß den bulgarischen Verbrauchern nicht einfach Weltmarktpreise verordnet werden dürfen. Vielmehr sollte eine Übergangsphase einkalkuliert werden, in der sich inländische Preise entsprechend dem heimischen Angebot und der Kaufkraft entwickeln können.
- Rückgewinnung staatlicher Souveränität 5. Durch die Rückgewinnung an Souveränität in der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden die staatlichen Strukturen gestärkt. Dies sollten Regierungsstellen für staatliche Investitionstätigkeiten nutzen, um die heimische Wirtschaft anzukurbeln, entsprechend dem historischen Entwicklungsprozeß der heute so erfolgreichen OECD-Staaten.<sup>93</sup> Eine solche Maßnahme liegt nicht zuletzt im Interesse einer notwendigen Stabilisierung des politischen Systems und einer demokratischen Gesellschaft, in der es einen Ausgleich zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen und Wirtschaftsakteuren geben muß.
- Aufbau funktionierender Sozialstrukturen 6. Bei der Ausarbeitung einer Exit-Strategie aus dem *currency board* ist zu berücksichtigen, daß ein Festhalten an der EU-Beitrittsperspektive auch bedeutet, daß Bulgarien längerfristig ein funktionierendes Sozialsystem aufbauen muß. Alle Mitgliedstaaten der EU sind Wohlfahrtsstaaten, auch wenn sie unterschiedlichen Modellen gefolgt sind. Hier hat Bulgarien vieles aufzuholen bzw. Fehlentwicklungen der letzten Jahre gutzumachen.<sup>94</sup> Zu verweisen ist auch auf die jüngste Modifizierung der Aktivitäten und Projektarbeit des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, die der sozialen Entwicklung einen breiteren Raum zuweist als bisher.<sup>95</sup>
- Initiative Griechenlands 7. Hinzuweisen ist an dieser Stelle auf die bereits bestehende Regionalinitiative zur Wirtschaftsförderung, die derzeit vom EU-Mitglied Griechenland ausgeht. Die EU-Kommission sollte ernsthaft prüfen, ob und in welcher Form diese Initiative in eine Exit-Strategie aus dem *currency board* einzubinden wäre, immerhin kommt schon heute ein Drittel der in Bulgarien getätigten Investitionen aus Griechenland.
- Nachdenken über einen Schuldenerlaß notwendig 8. Die EU-Mitgliedstaaten sollten schließlich auch über einen Schuldenerlaß für Bulgarien nachdenken, um dem Land bessere Entwicklungschancen zu geben. Eine solcher Schritt wäre allerdings für die gesamte Balkanregion zu erwägen und müßte mit bestimmten Auflagen verbunden werden, wie der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Korruption. Er wäre mit den europäischen Partnern im IWF-Direktorium abzusprechen und entsprechend politisch durchzusetzen. So setzten sich die USA ganz selbstverständlich im IWF für einen Milliardenkredit an Brasilien ein, um die mögliche Ansteckungsgefahr auf ihrem Kontinent zu bannen.

<sup>93</sup> Michael Kalman, Der Balkan – eine Konfliktregion labiler Staaten, in: Ulrich Albrecht/Michael Kalman/Sabine Riedel/Paul Schäfer (Hg.), Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Münster 2002, S. 63–82 (79).

<sup>94</sup> Sabine Riedel, Bulgarien und die Europäische Union. Die soziale Dimension des Integrationsprozesses, in: Südosteuropa, 48 (1999) 9–10, S. 567–598; hierzu im Internet <<http://www.sabinieriedel.de/bulgarien.html>>.

<sup>95</sup> Peter Scherrer, Kein dauerhafter Friede ohne soziale Gerechtigkeit, in: Albrecht et al., Das Kosovo-Dilemma, ebd. [Fn. 92], S. 97–106.

## Anhang

### Literaturhinweise

- Albrecht, Ulrich/Kalman, Michael/Riedel, Sabine/Schäfer, Paul* (Hg.), Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Münster 2002
- Deimel, Johanna*, Quo vadis Bulgaria? Parteien und politische Kultur nach zehn Jahren Transformation, in: Europäische Rundschau, 30 (2002) 1, S. 79–88
- Dieter, Heribert*, Nach den Finanzkrisen. Die ordnungspolitische Gestaltung der Globalisierung, unveröffentlichte SWP-Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2002 (S 16/02)
- Währungsregime auf dem Prüfstand. Hören Sie nicht auf den IWF!, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit, 43 (Juni 2002) 6, S. 187–189
- Dobrinsky, Rumen*, Fiscal Policy Under a Currency Board Arrangement: Bulgaria's Post-crisis Policy Dilemmas, Wien: The Vienna Institute for International Economic Studies (WIIW), März 2000 (Research Reports, No. 265)
- Gruber, Josef*, Die Parlamentswahlen in Bulgarien am 17. Juni 2001. Fortsetzung des Reformkurses, Stagnation oder Rückschritt?, in: KAS-Auslandsinformationen, (2001) 8, S. 19–26
- Bulgarien im ersten Jahr der Regierung von Ex-König Simeon Sakschoburggotski. »Handwerkliche Fehler« des Kabinetts oder Beginn einer krisenhaften Entwicklung?, in: KAS-Auslandsinformationen, (2002) 3, S. 57–71
- Hishov, Ognian N.*, Wirtschaftspolitik in Bulgarien nach Simeons Wahlsieg: Königsweg zum Wohlstand?, in: Südosteuropa, (2001) 7–9, S. 368–385
- Ismayr, Wolfgang* (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002
- Karasimeonov, Georgi*, The Political Parties in Bulgaria and the Political Situation at the Time of the 2001 Presidential Election, in: South-East Europe Review, (2001) 4, S. 109–122
- Miller, Jeffrey B.*, The Bulgarian Currency Board, in: Cooperative Economic Studies, 43 (2001) 1, S. 53–74
- Rajčev, Andrej/Kolev, Koljo/Bundulov, Andrej/Dimova, Lilija*, Socialnata stratifikacija v Bălgarija sled 1989 g. Pričini, faktori, tendencii [Soziale Stratifikation in Bulgarien nach 1989. Ursachen, Faktoren und Tendenzen], Socialdemokratičeski institut und Friedrich-Ebert-Stiftung, Sofia 2000. Übersetzte Auszüge bei Sabine Riedel, Soziale Mißstände in Europa: Bulgarien als Beispiel für das Versagen der internationalen Wirtschaftspolitik, Dokumentation, in: Südosteuropa, 49 (2000) 3–4, S. 211–223
- Riedel, Sabine*, Bulgariens Landwirtschaft in der Transformation, in: Südosteuropa, 43 (1994) 6–7, S. 384–402
- Bulgarien: Rücktritt der Regierung Žan Videnov. Die Opposition erzwingt vorgezogene Neuwahlen, Dokumentation in Südosteuropa, 46 (1997) 3–4, S. 213–228

- Bulgariens wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ein Beispiel für das Zusammenwirken von Transformations- und Globalisierungsprozessen, in: Südosteuropa, 47 (1998) 1–2, S. 18–54
  - Bulgarien und die Europäische Union. Die soziale Dimension des Integrationsprozesses, in: Südosteuropa, 48 (1999) 9–10, S. 567–598
  - Die bulgarischen Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001. Mit dem Ex-Zaren aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise?, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2001 (SWP-Aktuell 12/01)
  - Bulgarien, in: Wolfgang Ismayr (Hg.), Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen 2002, S. 563–602
- Rostowski, Jacek, Unilateral Euroization in Central and Eastern Europe – Why the EU Should Support It, in: Wirtschaftspolitische Blätter (Wien), (2001) 5
- Schweickert, Rainer, Der Euro als Ankerwährung. Die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer zwischen Transformation und Integration, Berlin: Springer Verlag, 2001 (Kieler Studien 312)
- Stiglitz, Joseph E., Whither Reform? Ten Years of the Transition, World Bank Annual Bank Conference on Development Economics, Washington, D.C., 28–30 April 1999
- Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 9.10.2002
- Venkova-Wolff, Magdalena, Simeon II. – Lockvogel ins Paradies? Notizen vor und nach den Paralementswahlen in Bulgarien, in: Osteuropa, (2001) 8, S. 976–984

### Internet-Adressen

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Regelmäßige Berichte über die Fortschritte Bulgariens auf dem Weg zum Beitritt mit zahlreichen Links zu bulgarischen Institutionen unter:

<<http://europa.eu.int/comm/enlargement/bulgaria/index.htm>>

Die bulgarische Regierung.

<<http://www.government.bg>>

Bulgarisches Gesetzblatt Dăržaven vestnik [Staatsanzeiger] unter:

<<http://www.lex.bg>>

Das Programm der NBS II bei den letzten Parlamentswahlen:

<<http://www.ndsimeon2.org>>

International Monetary Fund. Resident Representative Office in Bulgaria:

<<http://www.imf.org/external/country/bgr/rr/rrindex.htm>>

Bulgarisches Wirtschaftsblatt (überwiegend deutschsprachig):

<<http://www.online.bg/wb/>>

Bulgarische Tageszeitungen im Internet (in Bulgarisch, Englisch, Deutsch):

<<http://www.online.bg/ASP/news2.asp>>



## Abkürzungen

BRF	Bewegung für Rechte und Freiheiten (Dvižene za prava i svobodi, DPS)
BSP	Bulgarische Sozialistische Partei (Bălgarska socialističeska partija, BSP)
DP	Demokratische Partei (Demokratičeska partija, DP)
EU	Europäische Union
NBS II	Nationale Bewegung Simeons II. (bulg. Nacionalno dviženie Simeon Vtori, NDSV)
Oborište	Bewegung für Nationale Wiedergeburt ›Oborište‹ (Dviženie za nacionalno vāzraždane ›Oborište‹)
PDF	Partei der Bulgarischen Frauen (Partija na bălgarskite ženi)
UDK	Union der Demokratischen Kräften (Săljuz na demokratičnite sili, SDS)
VDK	Vereinigte Demokratische Kräfte (Obedineni demokratični sili, ODS)
VU	Volkunion (Naroden sājuz, NS)